



Im CDU-Kreisverband Biberach stehen wichtige aktuelle Sachthemen im Vordergrund

*In Steinhausen mit der „schönsten Dorfkirche der Welt“
fand die letzte CDU-Kreisvorstandssitzung statt*

In seiner kurzen Begrüßung stellte der Kreisvorsitzende Josef Rief fest, dass in der CDU weiterhin die Sachthemen Vorrang haben vor Personalentscheidungen. Die solide Beschäftigung und Aufarbeitung aller politischen Themen haben die Region Oberschwaben an die Spitze in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Die Schaffung einer Atmosphäre im Lande, in der

sich Leistung lohnt aber auch sozial schwächere Menschen aus der Solidargemeinschaft nicht ausgeschlossen sind, ist auch weiterhin Politik der CDU im Kreis Biberach.

Sachpolitik muss durch Menschen transportiert werden und Wähler müssen sich mit diesen Themen und ihren Politikern als ganzes identifizieren können. Eine Reduzierung der Politik auf

die Person allein kann keinen nachhaltigen politischen Erfolg bedeuten. Werteorientierung und Verlässlichkeit sind Charaktermerkmale, welche die CDU im Kreis Biberach in der Vergangenheit immer ausgezeichnet haben. Ihre Bodenständigkeit bei gleichzeitiger Weltoffenheit sind in einem Europa der Regionen Markenzeichen für die Oberschwaben. *(Fortsetzung auf Seite 2)*

Die Nominierungsversammlung zur Aufstellung der Wahlkreiskandidatin/des Wahlkreiskandidaten für den Bundestagswahlkreis 292 Biberach zur Bundestagswahl 2009 findet am DIENSTAG, 1. JULI 2008, 19.30 Uhr in der Stadthalle Biberach statt (Einlass ab 18.30 Uhr)

Alle wahlberechtigten CDU-Mitglieder mit Erstwohnsitz im Wahlkreis 292 Biberach sind aufgerufen und herzlich eingeladen, von ihrem Stimmrecht an diesem Abend Gebrauch zu machen. Die persönliche Einladung der Wahlberechtigten erfolgt zeitgerecht.

Bitte beachten Sie, dass die Tiefgarage bei der Stadthalle Biberach saniert wird.
Als Parkmöglichkeiten bieten sich der „Gigelberg“ oder die Tiefgarage am Viehmarkt an.

Als Vertreterin des Europaparlaments für Württemberg-Hohenzollern berichtete Elisabeth Jeggle über Aktuelles aus der EU, unter anderem über die Erweiterung des Schengen Abkommens auf nun 24 Länder im Dezember 2007 und die sich daraus ergebenden Erleichterungen. Nicht Mitglied im Schengen-Raum sind nunmehr nur noch Rumänien, Bulgarien und Zypern.

Die EU hat das Ziel bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. „Bun-

deskanzlerin Angela Merkel hat während der deutschen Ratspräsidentschaft die umweltpolitischen Ziele der Europäischen Union klar formuliert: Dazu gehört die Verminderung des CO₂-Ausstoßes um 20% bis 2020, der Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20% sowie die schrittweise Erhöhung des Biospritanteils auf 10%. Gerade im Hinblick auf die Biospritbeimischung erleben wir seit einigen Tagen eine intensive öffentliche Debatte. Der Anbau nachwachsender Rohstoffe ist zwar wichtig. An-

gesichts der aktuellen Welternährungslage muss die Nahrungsmittelproduktion aber grundsätzlich Vorrang haben. Daneben muss weiterhin kritisch überprüft werden, inwieweit bei einer solchen Biospritbeimischung eine Motoren-Verträglichkeit gewährleistet werden kann und inwieweit sich neue Entwicklungschancen aus der Herstellung von Biokraftstoffen der zweiten Generation ergeben“, so die Agrarexpertin.

Was das Dritte Energiepaket angeht, so soll hiermit die Liberalisierung des Energiebinnen-



Die drei Abgeordneten und der Kreispressesprecher diskutierten aktuelle Sachthemen.



Für MdEP Elisabeth Jeggle muss die Nahrungsmittelproduktion grundsätzlich Vorrang haben.



Der erweiterte CDU-Kreisvorstand traf sich im historischen Landgasthof „Zur Linde“.

markts abgeschlossen werden. Ein wichtiges Anliegen des Europäischen Parlaments ist eine sichere, saubere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energiepolitik, wobei das Hauptziel die Entflechtung des Energiemarktes ist. Damit soll mehr Transparenz für die Verbraucher geschaffen werden.

Im Anschluss daran berichtete unser Bundestagsabgeordneter Franz Romer ausführlich über die allgemeine wirtschaftlichen Situation. Gleichfalls erläuterte er die Sicht der Unionsfraktion im Bundestag zu den aktuellen Entscheidungen zur Rentenerhöhung und der Stammzellendebatte. Als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales stellte Romer besonders die Chancen und Folgen des geplanten Ausbildungsbonus dar.

Weiter berichtete MdL Paul Locherer über die aktuelle Landespolitik in Baden-Württemberg. Als Mitglied in den Landtagsausschüssen Ländlicher Raum und Landwirtschaft, sowie Wissen-



MdB Franz Romer erklärte die Entscheidung zur Rentenerhöhung und informierte über die Stammzellendebatte.



CDU-Fraktionschef Wolfgang Dahler forderte mit Leidenschaft Engagement bei der kommenden Kommunalwahl 2009.



MdL Paul Locherer berichtete aus dem Landtag: Bildungspolitik ist Zukunftspolitik.

schaft und Hochschule, informierte er über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, mit dem 9 Gemeinden im Landkreis Biberach mit über 1,02 Millionen Euro gefördert werden. Ein wichtiges Anliegen der CDU-Landtagsfraktion ist der Ausbau der Breitbandversorgung im ländli-

chen Raum. Hierfür werden in den nächsten drei Jahren mehr als 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ein großer Teil davon soll auch in den Raum Oberschwaben fließen, um die noch vorhandenen Versorgungslücken zu schließen. Eine weitere Zukunftsaufgabe für die Kommunen im ländlichen Bereich ist die nachhaltige Konzipierung der Abwasserbeseitigung. Hier arbeitet Paul Locherer gemeinsam mit Vertretern der kommunalen Ebene sowie dem Umweltministerium an einer tragfähigen Lösung. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik - hier gilt es gerade bei den Hauptschulen anzusetzen. Welche Optionen sich für diese Schulart in Form von Kooperationen ergeben werden, hat der Landtagsabgeordnete ebenfalls am Beispiel des Ländlichen Schulzentrums Amtzell kurz vorgestellt. Einen deutlichen Entwicklungsschub bekommt derzeit die oberschwäbische Hochschullandschaft im Hinblick auf den Masterplan 2012.

Zum Tagungsordnungspunkt Mitgliederentwicklung wurde unter anderem über die Neuaufnahme von Mitgliedern entschieden. Alle Aufnahmeanträge in die CDU - Kreis Biberach - wur-

den positiv beschieden.

Das Wahljahr mit Kommunal- und Europawahl im Juni 2009 und der Bundestagswahl im Herbst 2009 stand im Zentrum der Beratung des Kreisvorstandes. Die organisatorischen und terminlichen Planungen des Kreisverbandes für die anstehenden Wahlen sind ausgiebig diskutiert worden. Mit einem dringenden Aufruf, die Demokratie Ernst zu nehmen und als aktive und engagierte Christdemokraten die Wahlen vorzubereiten und die Politik mitzugestalten, beendete Elisabeth Jeggle MdEP die Sitzung.

Bilder von Burkhard Volkholz.

Auf den folgenden Seiten stellen sich die fünf Kandidaten (Stand 06.05.2008) für die Nominierung des CDU-Bewerbers im Bundestagswahlkreis Biberach mit eigenem Text und Bildauswahl auf einer verlagswerbefreien Seite in alphabetischer Reihenfolge vor. Redaktionell wurde nichts verändert.



Ehrenvorsitzender Dr. Bertram Tschirdewahn sprach überdeutliche Worte.



Der Medienrummel nach der langen Sitzung kam für Elisabeth Jeggle nicht überraschend.

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,**

zunächst danke ich dem geschäftsführenden Vorstand unseres CDU-Kreisverbandes für diese Möglichkeit der persönlichen Vorstellung im CDU-Intern. Gerne nehme ich dieses Angebot an. Ich möchte mich für den Nominierungsparteitag am 01. Juli 2008 zur Wahl empfehlen und bitte Sie, liebe Mitglieder, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Seit meinem 14. Lebensjahr war und ist mein Leben geprägt von ehrenamtlichem Engagement. Mit der katholischen Jugendarbeit in Biberach hat alles angefangen. Drei grundlegende Überzeugungen prägen seither mein Leben. Das Handeln und Wirken jedes Einzelnen kann Veränderungen in unserer Gesellschaft mit sich bringen. Ich möchte mein Leben an christlichen Werten orientieren. Familien sind der wichtigste Baustein unserer Gesellschaft.

Mit 20 Jahren bin ich der Jungen Union und der CDU beigetreten. Bis heute ist die CDU für mich die christliche Partei geblieben. Ihre Grundsätze kann ich umfassend mittragen, wengleich ich mit einzelnen politischen Entscheidungen nicht immer ganz zufrieden war. Aber genau dies zeichnet eine Volkspartei aus, nicht Einzelinteressen stehen im Vordergrund, sondern das Wohl möglichst vieler Menschen. Dafür gilt es sich einzusetzen!

**Mein bisheriges Engagement
in der CDU und ihren Gliederungen:**

- ◆ Ehrenamtliche Sektorenbeauftragte mit Schwerpunkt Scientologyaufklärung seit 1989. Ich halte Vorträge zum Thema „Scientology - Was verbirgt sich dahinter?“, führe Gespräche mit Betroffenen und stehe in Kontakt zum Verfassungsschutz. Meine Aufklärungs- und Beratungsarbeit war vor allem in der Anfangszeit nicht ganz einfach. Heute bin ich froh, dass ich nicht aufgegeben habe und nunmehr auf 19 Jahre Erfahrung rund um Scientology zurückblicken und diese auch an Schulklassen und Lehrerkollegien weitergeben kann. Im Jahre 2002 wurde ich für dieses Engagement als Landessiegerin des Projekts „Bürger machen Staat“ von Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel und Dr. Angela Merkel ausgezeichnet.
- ◆ Mitglied im CDU Kreisvorstand seit 1992, 10 Jahre als Kreisvorsitzende der Frauenunion, 6 Jahre als Beisitzerin
- ◆ Mitglied im Bezirksfachausschuss Bildung seit 2000



Carmen Bogenrieder mit den Gründerinnen der FRAUEN UNION im Kreis Biberach Marie-Luise Kohle und Margret Biechele.

- ◆ Beisitzerin im CDU-Bezirksvorstand seit 2005
- ◆ Davor war ich Vorsitzende der Jungen Union im Stadtverband Biberach, Schriftführerin im JU-Kreisvorstand Biberach, Mitglied im Landesausschuss der Jungen Union Baden-Württemberg, Pressereferentin der Frauenunion im Kreisverband Biberach und im Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern, Kreisvorsitzende der Frauenunion, Mitbegründerin der Initiative „Kleine Hände haben keine Lobby“, Mitglied im CDU-Landesfachausschuss „Innere Sicherheit“ und Ortschaftsrätin in Ahlen.

Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten:

- ◆ Gesamtelternbeiratsvorsitzende der Katholischen Freien Schulen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart seit 2004. In dieser Funktion verrete ich die Eltern von 85 Schulen der unterschiedlichsten Schularten mit insgesamt über 23.000 Schülern. Diese Verantwortung hat mich in den vergangenen Jahren geprägt und mir viel Weitsicht und Wissen vermittelt. Zuvor war ich bereits 10 Jahre Elternvertreterin im Kindergarten Uttenweiler bzw. am Bischof-Sproll-Bildungszentrum in Biberach.
- ◆ Ehrenamtliche RichterIn am Verwaltungsgericht in Sigmaringen seit 2001.
- ◆ Vorsitzende des Katholischen Schulwerks Biberach an der Riss e.V seit 2007.

Vor der Geburt unserer zweiten Tochter haben mein Mann und ich uns ganz bewusst für meine Familienphase entschieden. So konnte ich mich intensiv um die Erziehung unserer Kinder kümmern und auch meine ehrenamtlichen Aufgaben wahrnehmen. Mich leitet meine Freude am Mitgestalten. Ich setze mich gerne für andere ein und arbeite zuverlässig. Dank meiner schnellen Auffassungsgabe fällt es mir leicht, mich in neue Aufgabengebiete einzuarbeiten. Seit zwei Jahren bin ich als freie Dozentin und Trainerin in der Aus- und Weiterbildung tätig.

Welche politischen Ziele habe ich?

Grundsätzlich: Ein gutes Wahlergebnis für die CDU/CSU und damit die Möglichkeit, unsere politischen Grundsätze umfassend umzusetzen.

Allgemein: Ich setze auf eine gerechte und ehrliche Politik, auf gerechte Bildungschancen, ein Miteinander der Generationen, ein familiengerechtes Steuer- und Rentensystem, mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung in allen Bereichen des Lebens, Chancengerechtigkeit für alle Menschen und unsere Wirtschaftsbetriebe, Stärkung des ländlichen Raums, Schutz der Bevölkerung vor Gruppierungen, die mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht in Einklang stehen.

Konkret: Ich bin bereit, Ihre Ansprechpartnerin und Ihre Interessenvertreterin zu sein. Durch zielstrebiges, gewissenhaftes und kontinuierliches Arbeiten in allen Bereichen! Meine Überzeugung ist, dass ich



Carmen Bogenrieder

Dipl. Verwaltungswirt (FH)
Klausenhof, 88524 Uttenweiler-Ahlen
Telefon: 07357/2040, Telefax: 07357/2045
E-Mail: Bogenrieder.Klausenhof@t-online.de

- Hausfrau und Mutter, Freie Dozentin
- geboren am 30. März 1965 in Ravensburg
- verheiratet mit Klaus Bogenrieder, Dipl. Bankbetriebswirt (ADG)
- 3 Töchter im Alter von 18, 14 und 11 Jahren

mit Freude, Fleiß, Herz, Hand und Verstand diese große Herausforderung meistern kann. Ich bringe Erfahrung, Kompetenz und Sachverstand durch eigene erfolgreiche Arbeit in den Bereichen Familie, Bildung, Recht und Innere Sicherheit mit. Eine Basis, auf der ich aufbauen kann.

Besonders wichtig sind mir dabei folgende Überzeugungen:

Kinder sind unsere Zukunft. Jede politische Entscheidung sollte deshalb im Hinblick auf eine Gesamtverantwortlichkeit gegenüber der Schöpfung Gottes getroffen werden. Ich stehe für eine nachhaltige Politik und faire Chancen für die nächste Generation. Schuldenabbau und stabile Wirtschaftsverhältnisse sind Voraussetzung hierfür.

Schon Henry Ford I. sagte: „Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ist ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.“ Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, Ihr Vertrauen und Ihre Stimme am 01.07.2008 bei der Nominierung in Biberach.

Vielen Dank.

Ihre Carmen Bogenrieder



Die Vorsitzende des Gesamtelternbeirates Carmen Bogenrieder mit Bischof Dr. Gebhard Fürst in gemütlicher Runde in Rottenburg.

Grüß Gott, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und -freunde,

heute möchte ich mich Ihnen als Nominierungskandidat um die Nachfolge von MdB Franz Romer etwas näher vorstellen. Mein Name ist Christoph Burandt, geboren bin ich am 5. November 1968 in KKH Mutlangen im Ostalbkreis als Zwilling. Mit meinen vier Geschwistern habe ich über vierzehn Jahre Hausmusik im Umkreis von Donzdorf zu den verschiedensten Anlässen ausgeübt. Meine Eltern waren engagierte Mitglieder der action 365 (Pater Leppich) im Landkreis Göppingen. So bin ich sehr früh mit alten und kranken Menschen zusammen gekommen. Die Erlebnisse aus meiner Kindheit haben meinen weiteren Weg z.B. als Ministrant oder als Pfadfinder geprägt. In der Position des Schülersprechers habe ich schnell gelernt, dass es im Leben auch Kompromisse geben muss. Respekt und gegenseitige Toleranz sind seit dem tief in mir verwurzelt. Nach meiner Zeit als Wehrpflichtiger und Zeitsoldat habe ich eine Ausbildung zum Krankenpfleger gemacht. Anschließend arbeitete ich am Uni-

der Aktion MitmachenEhrensache, Konzeption eines Jugendbegleiterkurses („Cool sein-mal anders“) in Kooperation mit dem Kreisjugendreferat, die Mitgliedschaft im Gemeindeforum des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und eine aktive Teilnahme bei der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Die offene Jugendarbeit in Burgrieden begann für mich im Januar 2006, und bis heute habe ich keinen Tag bereut. Die Jugendlichen benötigen Grenzen und wollen Ansprechpartner haben. Durch die Mitarbeit des Kreisjugendreferats konnten auch einige Veranstaltungen durchgeführt werden. Der Generationendialog ist ein weiterer wichtiger Punkt in unserer Gesellschaft. Mit unserer Dienstleistungsbörse bringen wir junge Menschen zu älteren Mitbürgern, denen sie bei der Gartenarbeit oder im Haushalt helfen. Kontakt herzustellen und die Kommunikation zu erhalten ist unser Ziel. In den einzelnen Themenkreise des Vereins „Lebensqualität Burgrieden e.V.“ werden die unter-



mich, der ich mich sehr gerne stelle. Als kontaktfreudiger und kommunikativer Mensch, der sich für verschiedene Denk- und Verhaltensweisen interessiert, fühle ich mich für die kommenden Aufgaben gerüstet. Meine politischen Ziele erfahren Sie in den Kandidatenvorstellungsrun-



versitätsklinikum Marburg, wo meine Frau Humanmedizin studierte. Meine familiären Wurzeln kommen aus Oberschwaben. Die Mutter meines Großvaters stammte aus Bad Saulgau und nun wohne ich mit meiner Ehefrau und meinen zwei Kindern (Tochter 14 Jahre, Sohn 10 Jahre) seit März 2000 im wunderschönen Landkreis Biberach. Die Erfahrungen als Vater im Erziehungs- und Betreuungsurlaub haben mich in viele weitere ehrenamtliche Positionen gebracht. Über die Elternbeiratsarbeit im Kindergarten ging es zum Familiengottesdienstteam, im sportlichen Bereich startete ich als Trainer und wurde Abteilungsleiter und Spielertrainer in der Volleyballabteilung des SV Burgrieden, dann begann in Burgrieden das Projekt „Lebensqualität durch Nähe“ aus dem ich als 1. Vorstand der „Bürgerstiftung Lebensqualität Burgrieden e.V.“ hervorging. Nach 1096 Tagen wurde die Bürgerstiftung Burgrieden gegründet und der Verein in „Lebensqualität Burgrieden e.V.“ umbenannt. Während der letzten drei Jahre hatte ich vielerlei Kontakte im Bereich Bürgerschaftliches Engagement. Als ausgebildeter Mentorentrainer hielt ich mit meiner Tandempartnerin einen Bürgermentorenkurs in Burgrieden ab. Einige weitere Projektarbeiten folgten, so z.B. die Mitarbeit bei

schiedlichsten Projekte und Veranstaltungen gefahren. Das Schülerferienprogramm und das Dorffest sind dabei immer vorne dran. Sie sehen, dass mein Engagement sehr weitläufig ist. Die vielfältigen Erfahrungen aus der Basisarbeit im Bereich Bürgerschaftliches Engagement möchte ich nun in Zukunft für meine politische Tätigkeit im Landkreis Biberach einbringen. Wichtig ist mir dabei, die Menschen mit zu nehmen. Der zukunftsfähigste Landkreis in der Bundesrepublik ist dabei eine Herausforderung für

den, in einem persönlichen Gespräch oder spätestens bei der Nominierungsversammlung am 1. Juli um 19:30 Uhr in der Biberacher Stadthalle. Gerne dürfen Sie mich unter folgenden Daten kontaktieren:
Christoph Burandt,
Mittelweg 5/2, 88483 Burgrieden,
Tel: 07392/962801, Fax: 07392/968711,
Mobil: 01604439282 oder unter
www.christophburandt.de.
Ich freue mich über Ihr Interesse.



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Sitzung des CDU-Kreisvorstandes Biberach am 4. April 2008 habe ich meine Kandidatur um das Bundestagsmandat unseres neu strukturierten Wahlkreises offiziell bekannt gegeben. Ich freue mich sehr, nun heute in unserer Mitgliedszeitschrift **CDU Intern** die Gelegenheit zu bekommen, mich Ihnen persönlich vorzustellen.

Persönliches und Berufliches

Ich bin 48 Jahre alt, seit 22 Jahren verheiratet und lebe gemeinsam mit meiner Frau Adelindis und unseren 3 Kindern in Oggelshausen am Federsee. Ich verfüge über eine mehr als 20-jährige Berufserfahrung in der Freien Wirtschaft, genauer gesagt in der Touristikbranche: ich bin gelernter Reiseverkehrskaufmann (IHK), zertifizierter Wirtschaftsförderer (VWA) und studierter **Diplom-Betriebswirt (FH)** und kann dabei u.a. auf 12 erfolgreiche Jahre in der Selbstständigkeit zurückblicken. Vor rund 10 Jahren verkaufte ich mein eigenes Touristikunternehmen mit Niederlassungen in den Landkreisen Sigmaringen und Biberach, studierte Betriebswirtschaft und wurde anschließend zum Geschäftsführer der R&V-Touristik, einem genossenschaftlichen Verbundunternehmen in München, bestellt - bevor ich schließlich Ende 2002 in meiner Heimatstadt Bad Buchau zum **Bürgermeister** gewählt wurde - übrigens als seinerzeit amtierender Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Bad Buchau/Federsee.

Parteimitgliedschaft und Ehrenamt

Ich bin seit 1992 Mitglied der CDU, seit insgesamt rund 12 Jahren Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Biberach und seit 4 Jahren Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion in Biberach. Vielfältiges ehrenamtliches Engagement und Vereinsarbeit kennzeichnen schon immer mein Leben, so bin ich u.a. seit 35 Jahren aktiver Blasmusiker in der Stadtkapelle Bad Buchau, war in der Jugend Pfarrjugendleiter, vor meiner Bürgermeisterzeit 10 Jahre Gemeinderat in meinem Wohnort Oggelshausen, mehr als 10 Jahre Mitglied in Prüfungsausschüssen der IHK und engagiere mich derzeit u.a. im Tourismusausschuss des Gemeindetages und im Beirat der Oberschwaben-Tourismus GmbH.

Warum ich kandidiere?

Ausgangspunkt meiner Überlegungen war die Sorge um eine angemessene künftige Repräsen-



tanz unseres Wahlkreises in Berlin. Die/der künftige Abgeordnete ist schließlich ‚das Gesicht des Wahlkreises‘ in der Hauptstadt - ihr/ihm kommt daher eine nicht unwesentliche Bedeutung zu. Unsere Region hat inzwischen bundesweit eine enorme wirtschaftliche Bedeutung; es wird eine der Hauptaufgaben der/des künftigen Abgeordneten sein, dieser Bedeutung auch gerecht zu werden - damit wir in Berlin auch angemessen wahrgenommen werden. Und mein beruflicher Werdegang bietet mir das optimale Rüstzeug dafür. Zahlreiche Gespräche und Diskussionen mit Parteifreunden, die mir wichtig sind, ermutigten mich zur Kandidatur und ließen in mir die Überzeugung reifen, die vielfältigen Aufgaben und Ansprüche auch erfüllen zu können.

Anforderungen an den künftigen Abgeordneten

Nach meiner Überzeugung brauchen wir in Berlin eine/n Teamspieler/in mit hoher Kommunikationsfähigkeit und Sozialkompetenz; mit nachgewiesenem, vielseitigem Erfahrungshorizont und damit breitem Themenspektrum - und er/sie sollte trotzdem auch lernfähig und lernwillig sein. Er/Sie muss weltoffen und doch heimatverbunden sein, über Marketing- und Medienerfahrung verfügen und eine hohe Akzeptanz in allen Bevölkerungsschichten haben: sowohl bei Arbeitern, Angestellten und Beamten gleichermaßen wie auch bei Unternehmern, Handwerkern, Landwirten und natürlich auch Lokalpolitikern. Er/sie muss gedanklich stets am Puls der Zeit und am Nerv der Menschen sein - nicht nur reden, sondern vor allem auch gut

zuhören können und zudem die Fähigkeit besitzen, die Balance und den Interessensausgleich zwischen Land- und Stadtbevölkerung unserer Region zu garantieren. Also ein durchaus anspruchsvolles und schwieriges Aufgabenspektrum - aber ein Spektrum, das ich erfülle und dem ich mich gewachsen fühle.

Politische Schwerpunkte und Überzeugungen

Meine politischen Schwerpunkte liegen aufgrund meiner beruflichen Vergangenheit und Erfahrung im Bereich der Wirtschafts-, Mittelstands- und Tourismuspolitik - und aufgrund meiner beruflichen Gegenwart auf dem vielseitigen Gebiet der kommunalen Frage- und Problemstellungen im ländlichen Raum. Ich engagiere mich für den Abbau der Benachteiligungen des ländlichen Raumes und von sozialen Ungerechtigkeiten, stelle mich der Suche nach Antworten, die das Zeitalter der Globalisierung und des demografischen Wandels mit sich bringt und trete für Subsidiarität wo immer möglich ein: so wenig Staat wie nötig - soviel Eigenverantwortung vor Ort wie möglich. Ich sehe mich daher für ein Bundestagsmandat bestens gerüstet und glaube auch die richtigen Akzente für den künftigen Wahlkreis Biberach in Berlin setzen zu können.

Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte kürzlich in einem SZ-Interview: „Es fehlt im @gs:Bundestag zunehmend der im Beruf gestandene, bereits bewährte Kandidat, der sich zwischen 40 und 50 entschließt, für einige Zeit ein politisches Mandat wahrzunehmen.“ Ich selbst habe es schon immer für wichtig empfunden, dass Politiker auch in einem ‚normalen‘ Berufsleben gestanden sind, erfolgreich waren und wenn möglich auch unternehmerisch denken und handeln können.

Mein Angebot an Sie

Sehen Sie meine Bewerbung als ein Angebot an Sie: sollten Sie mir Ihr Vertrauen schenken, werde ich meine ganze Kraft, meine Kreativität, meine Kenntnisse und Erfahrungen und meine ganze Persönlichkeit in den Dienst der Menschen unseres Wahlkreises investieren. Ich verspreche Ihnen nicht mehr - aber auch nicht weniger!

Gerne stehe ich Ihnen jederzeit auch für ein persönliches Gespräch zur Verfügung und freue mich auf eine persönliche Begegnung. Nutzen Sie die sicher sehr zahlreichen persönlichen Vorstellungstermine in den Ortsverbänden - und kommen Sie zur Nominierungsveranstaltung am 1. Juli nach Biberach. Es zeichnet unsere Volkspartei aus, Ihnen ein breites, vielfältiges und interessantes Kandidatenspektrum zur Wahl anbieten zu können. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und bestimmen Sie mit über die künftige Repräsentanz unseres Wahlkreises in Berlin!

Kontaktdaten

Privat: Peter Diesch,
Lerchenweg 2, 88422 Oggelshausen,
Telefon: 07582-1215
E-Mail: mail@peter-diesch.de;
Homepage: www.peter-diesch.de
Geschäftlich: Stadt Bad Buchau,
Marktplatz 2, 88422 Bad Buchau,
Telefon: 07582-808-13
E-Mail: pdiesch@badbuchau.de;
Homepage: www.badbuchau.de



Peter Diesch und seine Familie: Rückhalt und zugleich Rückzugsgebiet in stressigen Zeiten.

Mein langer Weg zur CDU

„Wer in der Jugend nicht links ist, hat kein Herz. Wer im Alter noch links ist, hat keinen Verstand.“

Mit diesem Kalauer trösteten sich meine Großeltern, bei denen ich aufgewachsen bin, als ich mit 19 Jahren der SPD beitrete. Sie waren überzeugte Katholiken und Zentrums- und später CDU-Wähler. Als junges SPD-Mitglied begeisterte mich zuletzt Erhard Eppler mit seinen ökologischen Gedanken. Doch die Ökologie hatte in der SPD unter Helmut Schmidt keinen Stellenwert. Außerdem wurden die bürgerlichen Freiheitsrechte im Zuge des RAF-Terrors massiv eingeschränkt. Ich verließ die SPD 1979 vor allem aus diesen Gründen und schwor mir damals, nie mehr Mitglied einer Partei zu werden. Ich kam nicht damit zu Recht, auch für Positionen in Haftung genommen zu werden, die ich nicht teilte.

Im Januar 1987 kandidierte ich das erste Mal für den Deutschen Bundestag. Damals war ich noch nicht einmal Mitglied der Grünen, obwohl mich diese Partei auf Platz 8 ihrer Landesliste gewählt hatte und ich nur hauchdünn an einem Mandat vorbeischrämte. Erst nach der Wahl trat ich der Partei bei und habe es dann auf fast 21 Jahre Mitgliedschaft gebracht. Motiviert zum Engagement hatte mich erneut ein ökologisches Thema: die Explosion des Atomkraftwerks in Tschernobyl Ende April 1986. Die radioaktive Wolke, die sich über Oberschwaben ausgereizt hatte, veränderte monatelang das Alltagsleben auch bei uns im Kreis.



Mein persönlicher Leitspruch aus meiner Grünen Zeit lautet: *„Mensch, lebe so, dass die Nachkommen auch noch ein gutes Leben haben können!“* Hinter dieser Aussage stehe ich immer noch und beziehe diese Verantwortungsethik nicht nur auf den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch auf einen sparsamen Umgang mit den Finanzressourcen unseres Staates und auf die langfristig tragfähige Finanzierung der Sozialsysteme. Deshalb kämpfte ich schon als Grüner Politiker immer lautstark gegen die ausufernde Staatsverschuldung und für eine Reform des Rentensystems, der Beamtenversorgung, der Kranken- und Pflegeversicherung. Oft genug lag ich mit meinen Positionen

näher an der Union als bei der Mehrheitsmeinung der eigenen Partei. Nicht ohne Grund brachte Helmut Kohl mich in seinem letzten großen Interview als Bundeskanzler vor den Wahlen 1998 in der ZEIT lobend ins Gespräch: „Was Oswald Metzger zum Haushalt vorträgt, könnten zum Teil auch wir vortragen. Alle Achtung.“

Inzwischen bin ich selbst Mitglied der Union geworden, nicht aus Taktik, sondern aus Überzeugung. Ich halte die Christlich-Demokratische Union für eine im Kern wertorientierte Partei, die vor allem in unserer Region mit der Losung „Die Schöpfung bewahren!“ viel anfangen kann. Ich finde, dass mein persönlicher Leitspruch aus Grünen Zeiten und dieser Satz aus der christlichen Kultur gut harmonisieren.

Mit dieser Verantwortungsethik, die ich mit Leidenschaft verrete, will ich mich als Christdemokrat vor allem für Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit in der Politik stark machen. Wir dürfen uns nur das leisten, was wir auch bezahlen können. Der Raubbau an unserer Zukunft und vor allem auch der unserer Kinder und Enkelkinder durch die ausufernde Staatsverschuldung muss gestoppt werden. Wegen der säkularen Alterung unserer Gesellschaft müssen alle Sozialsysteme durch Reformen langfristig demographiefest gemacht werden!

Die Steuer- und Beitragslast der Abermillionen Arbeitnehmer und Selbstständigen ist viel stärker als bisher in den Fokus der Politik zu nehmen. Denn wenn wir die Leistungsbereiten und Leistungsfähigen weiter überlasten, entsolidarisieren wir unsere Gesellschaft. Leistung muss sich wieder lohnen. Dazu gehört auch, dass wir den Zugang zu möglichst guten Bildungschancen für alle ermöglichen. Denn Bildung ist der Kapitalstock, aus dem unser künftiger Wohl-

stand entsteht. Und der Zugang zur Bildung ist das Gerechtigkeits Thema unserer Tage, nicht die weitere Auslobung teurer Sozialleistungen, die oft genug wie Stilllegungsprämien für Teile der Gesellschaft wirken. Wer arbeitet, muss mehr haben, als jemand, der nicht arbeitet. In der So-



Kurzbiografie:

- Jahrgang 1954, katholisch
- verheiratet, 2 erwachsene Stieftöchter
- Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen (ohne Abschluss)
- 11 Jahre selbständig: 1980-1986 (Composer-Schreibsatz) und seit 2003 (Publizist und Politikberater)
- 8 Jahre Landesgeschäftsführer einer Kommunalpolitischen Vereinigung in Stuttgart (1986 - 1994)
- 10 Jahre Berufspolitiker: 1994 - 2002 MdB; 2006 - 2008 MdL

zialpolitik ist der Maßstab für mich die katholische Soziallehre, die das Subsidiaritätsprinzip als Hilfe zur Selbsthilfe, nicht als dauerhafte Lebensstandardsicherung definiert. Trauen wir den Menschen wieder mehr zu!

Ich habe bei Gott die Weisheit nicht für mich gepachtet. In meinem Leben habe ich schon manchen Umweg gemacht, den bequemen und geraden Weg gescheut. Ich bin kein stromlinienförmiger Parteisoldat, sondern streite auch für Minderheitenpositionen, aus denen sich oft genug im Laufe der Jahre auch Mehrheiten entwickeln. Auch als Berufspolitiker bin ich ein Mensch geblieben, der den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in Wahlkampfzeiten oder bei offiziellen Anlässen sucht. Fast sprichwörtlich sind dafür meine monatlichen Hausbesuche, bei denen ich seit nunmehr schon zwei Jahren den direkten Kontakt auf Augenhöhe suche. Wenn Sie mir am 1. Juli als Direktkandidat der CDU im Wahlkreis Biberach Ihr Vertrauen schenken, verspreche ich Ihnen leidenschaftlichen Einsatz - mit Herz und Verstand. Und wenn ich die Mehrheit nicht erhalte, bleibe ich trotzdem Christdemokrat. Versprochen!

Ihr Oswald Metzger

Kohl: ... Es gibt bei den Grünen aber eine Menge interessanter Perspektiven: Im Bundestag ist ein Kollege, der sehr gewandt und vor allem sehr kenntnisreich zur Haushaltspolitik spricht.

Die ZEIT: Sie meinen Oswald Metzger.

Kohl: Was der zum Haushalt vorträgt, könnten zum Teil auch wir vortragen. Alle Achtung.

Der Kanzler im Gespräch mit ZEIT-Chefredakteur Roger de Weck, Auszug aus DIE ZEIT Nr. 36 vom 1998-08-27, Seite 2



Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

ich darf mich ihnen kurz vorstellen:
Josef Rief, 48 Jahre, verheiratet mit Andrea Rief geb. Böhringer aus Laupheim, drei Kinder, selbstständiger Landwirtschaftsmeister, Wohnort Kirchberg/Iller, Grundwehrdienst in Großengtingen und Laupheim.

Ich engagiere mich seit 1978 in der Jungen Union und seit 1985 in der CDU auf Orts-, Kreis- und Landesebene und habe dabei viele Führungsfunktionen ausgeübt. 1999 wurde ich CDU-Kreisvorsitzender, und 2007 CDU-Landesvorstandsmitglied. Als dienstältester Gemeinderat in meiner Heimatgemeinde und als Kreistagsmitglied habe ich langjährige kommunalpolitische Erfahrung. Auch daraus habe ich viele Verbindungen zu Bundes- und Landespolitikern weit über die CDU hinaus.

Zu politischen Ämtern gehört auch das Engagement im vorpolitischen Raum - für mich beginnend in der Landjugend, seit 14 Jahren im Bauernverband als stellvertretender Kreisvorsitzender Biberach-Sigmaringen, als Gründungsmitglied und erster Vorsitzender des Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreises, in der Bürgerinitiative Dezentrale Wasserversorgung (BDW), im Ver-

waltungsrat der Kreissparkasse Biberach und im Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE), um nur die wichtigsten zu nennen. Außerdem singe ich seit 35 Jahren im Katholischen Kirchenchor Kirchberg, war über zehn Jahre lang aktiver Fußballer im TSV Kirchberg und betreibe eine kleine Imkerei.

Meine ehrenamtlichen Aktivitäten sind dank meines Betriebes und der Unterstützung meiner Familie möglich. Meine berufliche Tätigkeit bedeutet für mich die wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Berufspolitik. Zugleich ist es Ausdruck meiner tiefen persönlichen Verwurzelung im Wahlkreis Biberach und in meinem bestehenden Wirkungskreis.

Mein Handeln ist geprägt von christlichen Wertvorstellungen, mein Ziel ist die Erhaltung der Schöpfung. Ich bin in erster Linie mittelständischer Unternehmer, der mit seinem Familienbetrieb und seinen Mitarbeitern verantwortlich umgehen muss, wenn er nicht Schiffbruch erleiden will. Dabei habe ich viel Verständnis für wirtschaftliche und soziale Fragestellungen erworben, die ohne Fleiß und Leistungsbereitschaft nicht lösbar sind. Die wehrhafte Demokratie ist der Garant unserer Sicherheit, weshalb ich Soldat war, obwohl eine Wehrdienstbefreiung möglich war.

Da CDU/CSU und SPD seit der letzten Wahl in etwa gleich starke Parlamentsfraktionen haben, ist es recht schwierig geworden, das christdemokratische Element deutlich zu machen. Wir müssen alles dafür tun, dass dies im nächsten Bundestag anders wird. Vor allem müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen in Deutschland wieder in der Mehrheit sagen, sie könnten von ihrer eigenen Arbeit leben, wie es zu Zeiten bürgerlich-liberaler Mehrheiten immer der Fall war.

Die demographische Entwicklung ist entscheidend für unsere Zukunft. Nicht selten steht Kinderreichtum für Armut. Auch dies müssen wir durch eine familiengerechte Änderung der weit verbreiteten Denkmuster überwinden und alle Formen der Betreuung und des monetären Ausgleichs entsprechend gewichten.

Für mich muss, wie für jeden Bürger - Unternehmer wie Arbeitnehmer - die langfristige Perspektive immer vor dem kurzfristigen, schnellen Er-



Unternehmer Andreas Maier im Gespräch mit Josef Rief.

folg stehen. Dabei wird der Verbraucher künftig im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Hierbei ist es einerlei, ob es um wirtschaftliche Fragen oder um Vorgänge in der Natur geht. Trotz fortschreitender Globalisierung sind die Spielräume für die regionale Wertschöpfung weiter vorhanden und in einigen Bereichen sogar größer geworden.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Zukunft unseres Landes ist die Nachhaltigkeit. Sie umfasst alle Lebens- und Funktionsbereiche der Gesellschaft. Das steckt eigentlich hinter den „Biberacher Verhältnissen“, die bedeuten, dass wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen dürfen als wir erwirtschaften. Dies muss auf Dauer zur Richtschnur bei allen öffentlichen Haushalten werden. Dafür möchte ich mich in Berlin besonders einsetzen.

Die Infrastruktur im ländlichen Raum - Verkehrswege, Datenwege, Energie, Bildungseinrichtungen usw. - muss verbessert werden, damit die Menschen hier gleiche Chancen haben wie in Ballungsräumen. Das ist eine originäre Aufgabe der Bundespolitik, die sich auf jeden Einzelnen auswirkt.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut, mit dem die Politik gravierende Probleme hat, wie die sinkenden Wahlbeteiligungen deutlich zeigen. Durch mein bisheriges, authentisches Handeln habe ich gezeigt, dass ich Vertrauen gewinnen und auch verlorenes Vertrauen wieder aufbauen kann - nicht nur bei Sachthemen, sondern auch bei der Mitgliederwerbung.

Die CDU ist zusammen mit der CSU im Bundestag seit der Gründung der Bundesrepublik die bestimmende konstante Kraft. Aus unserem Raum kamen viele entscheidende Impulse für eine funktionierende Demokratie, von der alle profitiert haben. Ich lebe nach dem Motto „So handeln, dass wir es gegenüber der vergangenen, der jetzigen und der zukünftigen Generation verantworten können.“ Die Entwicklung der vergangenen 30 Jahre des Landkreises Biberach und in ganz Oberschwaben ist eine Erfolgsgeschichte, die wir Christdemokraten zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gegen viele politische Gegner und Widerstände geschafft haben. Dazu habe ich bisher nach Kräften beigetragen und will dies auch weiter - vor allem im Bundestag - tun.



Meine Familie.

CDU-Kreisvertreterversammlung in Eberhardzell

Text und Bilder
von Burkhard Volkholz



Vorsitzender Bernhard Kramer begrüßte über 100 Gäste.

Am 14. März hatte der CDU-Kreisverband Biberach alle CDU-Mitglieder und interessierte Bürger zur Kreisvertreterversammlung in die Turn- und Festhalle nach Eberhardzell eingeladen. Der CDU-Gemeindeverbandsvorsitzende Bernhard Kramer konnte über 100 Gäste willkommen heißen. MdEP Elisabeth Jeggle hielt die Begrüßungsrede und betonte besonders, wie wichtig es sei, den ländlichen Raum zu stärken. Als äußerst kompetenten Gast an diesem Abend

hatte Jeggle den Europaabgeordneten Rainer Wieland aus dem Bezirk Nordwürttemberg eingeladen. In einer spannenden Rede widerlegte

er die typischen Vorurteile gegenüber der Europäischen Union. Als Argument gegen die Kritik, Europa nütze den Menschen nicht, nannte er



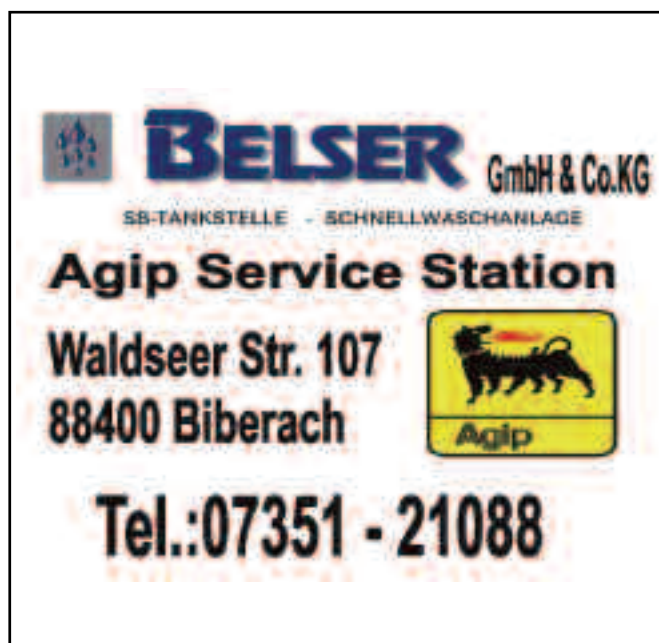
Imposante Polit-Kulisse in der Turn- und Festhalle Eberhardzell.




MdEP Elisabeth Jeggle will den ländlichen Raum stärken.



MdEP Rainer Wieland überzeugte durch „europäische“ Leidenschaft.



BELSER GmbH & Co. KG
SB-TANKSTELLE - SCHNELLWASCHANLAGE
Agip Service Station
Waldseer Str. 107
88400 Biberach

Tel.: 07351 - 21088



Gemüsejungpflanzen aus Ihrer Region!
Wir produzieren alle gängigen Gemüsepflanzen für den erfolgreichen Gärtner.
Über 130 Mio. Pflanzen verlassen jährlich unseren Betrieb.
Die Verkaufsgebiete für unsere Erwerbsanbauer sind Süddeutschland, Schweiz und Österreich.
Auch Sie erhalten unsere Pflanzen bei ihrem Gärtner, Gartencenter oder den vielen anderen Verkaufsstellen. Achten Sie auf unser Logo auf dem Etikett!

mk-jungpflanzen-vertriebs-gmbh
zwischen den wegen 1
88450 berkheim
tel. 08395/932690
fax 08395/932691
info@mk-jungpflanzen.de
www.mk-jungpflanzen.de

Nehmen Sie Kontakt mit
uns auf,
es lohnt sich!





Wieland sehr deutlich: Deutschland profitiert von Europa!

als Beispiel Deutschland. Nicht nur von 60 Jahren Frieden, sondern auch wirtschaftlich profitiere Deutschland von der EU. So liege der Außenhandelsüberschuss auf Platz eins in Europa. Es sei auch nicht richtig zu glauben, Deutschland sei der Zahlmeister Europas, denn pro Kopf zahle jeder Deutsche jährlich 85 Euro. Andere Länder zahlten deutlich mehr. Mehrfach betonte Wieland die CDU als „Europapartei“ und lobte in diesem Zusammenhang die Kanzlerin Angela Merkel, die sich um den EU-Vertrag international anerkannte Verdienste erworben habe.

Im Anschluss an die Reden ehrte der CDU-Kreisvorsitzende Josef Rief langjährige Mitglieder. Seit 60 Jahren dabei sind Anton Gawaz und



Die stolzen Jubilare stehen treu zur Christlich Demokratischen Union. Danke!!!

Paul Ziesel aus Berkheim, für 50-jährige Mitgliedschaft wurde Josef Högerle aus Goppertshofen ausgezeichnet. Georg Angele aus Rot an der Rot, Josef Ernle aus Berkheim, Albrecht Wörz aus Laupheim und Herbert Zell aus Steinhausen sind seit 40 Jahren in der CDU.

Für die Landesvertreterversammlung (Listenaufstellung zur Europawahl 2009) wurden Josef Rief, Elisabeth Jeggle, Franz Romer, Wolfgang

Dahler, Gisela Eberle und Isolde Weggen als Delegierte gewählt. Weiterhin wurden die Bezirksdelegierten gewählt: die bereits genannten Personen sowie Honor Funk, Peter Wettenmann, Anton Schniertshauer, Gerhard Glaser, Claudia Reisch, Petra Romer-Aschenbrenner, Thomas Handtmann, Carmen Bogenrieder, Heinz Schefold, Uta Oberle, Karl Maucher und Mario Wied. ■



www.handtmann.de

◆ Mit mehr als 2.400 Mitarbeitern ist Handtmann in sechs Sparten weltweit tätig. In vielen Bereichen konnten wir uns eine führende Position im Markt erarbeiten durch Spitzenleistung in Technologie und Kundenorientierung.

Kompetenz in Technologie.

Metallgusswerke

Biberach und Annaberg

Aluminium-Gussteile für die Kfz-Industrie. Sandguss, Kokillenguss, Druckguss, Lost Foam Aluminiumguss.

Systemtechnik

Systemlieferant der Automobilindustrie mit großem Entwicklungs-Know-how.

Maschinenfabrik

Füll-, Portionier- und Abdrehsysteme für die Nahrungsmittelherstellung (Fleischereindustrie).

Armaturenfabrik

Anlagen für die Getränkeindustrie, Pharmazie, Bio-Technologie und die Chemie.

Elteka Kunststofftechnik

Formteile, Halbzeuge und Systeme aus dem Ingenieurwerkstoff Lauramid für den Maschinen- und Anlagenbau.

A-Punkt Automation

Hochgeschwindigkeits-Mehrachsen-Bearbeitungszentren für den Flugzeugbau.

handtmann
Ideen mit Zukunft.

Pflege wird besser - und teurer

von Eberhard Lehmann, stv. AOK-Geschäftsführer

Die Reform der Pflegeversicherung bringt für die 2,13 Millionen Pflegebedürftigen vom 01. Juli 2008 an zahlreiche Verbesserungen. Was auf die Versicherten der gesetzlichen Pflegeversicherung zukommt, darüber berichtete der stellvertretende AOK-Geschäftsführer Eberhard Lehmann Anfang April in der Vorstandssitzung des CDU- Kreisvorstands im Hotel Mohren in Ochsenhausen.

Die gesetzliche Pflegeversicherung hat das vergangene Jahr mit einem Defizit von 321 Mill. Euro abgeschlossen, nachdem sie im Vorjahr noch einen Überschuss von 451 Mill. Euro erwirtschaftete. Insgesamt gaben die rund 220 Pflegekassen nach aktuellen Daten des Gesundheitsministeriums für

wieder entspannen. So soll die Anhebung des Pflegebeitrags um 0,25 Prozentpunkte zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 2,5 Mrd. Euro führen. Damit müssen auch deutliche Leistungsverbesserungen finanziert werden. So steigen zum 1. Juli die Leistungssätze in der Pflegestufe I von 384 auf 420 Euro im Monat, in der Stufe II von 921 auf 980 und in der höchsten Pflegestufe III von 1432 auf 1470 Euro. Auch das Pflegegeld für zu Hause betreute Pflegebedürftige und die Leistungssätze für die dritte Pflegestufe bei Heimerbringung werden erhöht. An Demenz Erkrankte erhalten künftig statt 460 Euro im Jahr bis zu 2400 Euro von der Pflegekasse, auch wenn sie vom medizinischen Dienst in keine der drei Pflegestufen eingruppiert wurden.

Weitere Leistungserhöhungen sind für 2010 und 2012 geplant. Die Bundesregierung geht gleichwohl davon aus, dass die Pflegefinanzen ohne weitere Beitragserhöhung bis 2015 gesichert sind. ■



Eberhard Lehmann stellte die Verbesserungen in der Pflegeversicherung vor.



In der Diskussion beantwortete AOK-Geschäftsführerin Dr. Sabine Schwenk viele Fragen.

die 2,1 Millionen Leistungsempfänger 18,3 Mrd. Euro aus, nahmen aber nur 18 Mrd. ein.

Damit seien bei der Pflegeversicherung wieder „normale Zustände“ eingeleitet, kommentierte Eberhard Lehmann die Entwicklung. Denn der Überschuss im Jahr 2006 sei nur der damals beschlossenen Vorverlegung des Termins der Beitragszahlung zu verdanken gewesen. Sie habe dazu geführt, dass die Pflegekassen 2002 einmalig 13 statt zwölf Monatsbeiträge erhalten hätten. Bereinigt um diesen Sondereffekt, hätten die Pflegekassen auch das Jahr 2006 mit einem Minus abgeschlossen.

In der Pflegeversicherung übersteigen die Ausgaben seit 1998 die Einnahmen. Als Folge werden die Rücklagen, die die Pflegekassen in den ersten beiden Jahren nach ihrer Gründung 1995 aufgebaut haben, langsam, aber sicher aufgezehrt. Sie schrumpfen seit 1998 von 4,6 auf 3,2 Mrd. Euro Ende 2007. Ohne die Anhebung des Pflegebeitrags für Kinderlose von 1,7 auf 1,95 Prozent im Jahr 2005 und den Einmaleffekt des vorgesagten Abführungstermin für 2007 hätten die Rücklagen bereits im vergangenen Jahr die gesetzliche Mindestreserve von 1,5 Monatsausgaben unterschritten. Durch die im Juli in Kraft tretende Pflegereform wird sich die Situation allerdings

Bauforum

bauen mit ideen
beraten . planen . realisieren

Ihr kompetenter Partner im Gewerbebau




Das Gebäude, das Ihnen die Arbeit erleichtert.

Nichts ist der Produktion eines Unternehmens so abträglich, wie Räumlichkeiten die effizientes Arbeiten erschweren. Ob Ihr Unternehmen zu Handwerk, Industrie oder Dienstleistung gehört, ob Sie eine Produktionshalle oder ein Bürogebäude brauchen: Wir bauen das für Sie.

rufen sie uns an

Sagen Sie uns, was Sie brauchen, und wir nehmen Ihnen alles ab, von der Planung bis zur Übergabe. Ansprechende Architektur gepaart mit hoher Funktionalität, zu einem Preis der auch Sie überzeugen wird, sind unsere Stärke.

wir freuen uns auf Sie

Lindenmaierstraße 41
88471 Laupheim-Untersulmtingen

Fon 0 73 92 91 36 36
Fax 0 73 92 91 36 37

www.bauforum-laupheim.de
info@bauforum-laupheim.de



Manz GmbH
Ulmer Straße 51
88447 Warthausen

T. 07351 1887100
F. 07351 1887121

manz.gmbh@manz-online.de
www.manz-online.de



Sich mit den Linken inhaltlich auseinandersetzen

Pressemitteilung CDU Eberhardzell vom 11.03.2008

Die CDU Eberhardzell ist personell sowie finanziell kerngesund, so CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Bernhard Kramer bei der Mitgliederversammlung der Eberhardzeller CDU im Café Junginger.

Nachdem die Regularien in kurzer Zeit abgehandelt waren, sprach der CDU-Kreisvorsitzende Josef Rief zum Thema: „Das Einziehen der Linken in die Parlamente“. Zunächst ging der Referent auf die Geschichte der Linken ein. Die Linken haben rund 72000 Mitglieder, die Mehrzahl stamme noch aus Zeiten der DDR, als die Partei noch SED hieß. So auch der jetzige Vorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi, der am 9. Dezember 1989 zum letzten SED-Vorsitzenden gewählt wurde. Zusätzlich war Gysi laut Gauck-Behörde inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, die ihn für seine Zuverlässigkeit und Einsatzfähigkeit ausdrücklich lobte. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich noch mehr ehemalige Stasi-Mitarbeiter in der Fraktion der Linken im Bundestag oder in den Landtagen befinden. Von den 53 Bundestagsabgeordneten hat sich bisher nur ein Abgeordneter auf eine Mitarbeit des ehemaligen DDR-Geheimdienstes überprüfen lassen.

Kontinuität gebe es aber nicht nur im personellen Bereich, auch inhaltlich ist sehr viel „übrig“ geblieben. Zwar habe die Linke, analog zur SPD, den Begriff Sozialismus mit dem „gut“ klingenden Wort demokratisch versehen und spricht nicht mehr von „Revolution“, sondern von „Transformation“, doch läuft ihre Programmatik grundsätzlich auf den Marxismus zu. Der Linke Vorsitzende Lothar Bisky erklärte zum Beispiel: „Ja wir diskutieren (...) immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und das unterscheidet uns von anderen Parteien. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage.“ Dies ist eine grundsätzliche Forderung aller kommunistischen Parteien weltweit. Damit ist die kommunistische Ausrichtung der Linken für jeden sichtbar.

Rief findet es schade, dass die SPD sich beim Kampf gegen extreme Parteien nicht mehr einig ist. Der CDU habe es nicht geschadet Koalitionen mit rechten Parteien kategorisch auszuschließen, obwohl es rechnerisch zu Mehrheiten gereicht hätte. Das Beispiel Baden-Württemberg zeige, dass extreme Parteien langfristig nicht gewählt werden, wenn man sie mit ihren zum Teil utopischen Forderungen nicht an Regierungen

beteiligt und politisch bekämpft. Die CDU werde die Herausforderung durch die Linke annehmen. Von der SPD sei hier kein Beistand zu erwarten, zumal durch ihr politisches Versagen und Kollabieren der Aufstieg der Linken maßgeblich befördert worden sei. Denn zunächst liebäugelten viele Sozialdemokraten mit den Linken bzw. der PDS, dann wurden sie toleriert und schließlich wurden mit ihnen Koalitionen gemacht! Damit wurde der Linken endgültig aus der politischen Sackgasse geholfen. Rief findet es skandalös, dass auch hierzulande ein großer Teil der SPD-Funktionäre Koalitionen auf Landes- oder auf Bundesebene mit den Linken ohne große Scheu eingehen würde. Überall im Osten gehe es den Bürgern nach diesen rot-roten-Bündnissen schlechter als vorher, wie es zum Beispiel bei der Arbeitslosenrate oder der Staatsverschuldung deutlich sei, führte Rief weiter aus. Auch dass das rot-rote Berlin im Jahr 2003 für die Hartz IV-Gesetze gestimmt habe, werde bei uns nicht zur Kenntnis genommen und den Menschen verschwiegen.

Die CDU müsse den Bürgern sagen, was die Linken wollten: So summieren sich die sozialpolitischen Forderungen auf über 150 Mrd. Ausgaben pro Jahr. Hinzu komme eine geplante Senkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden und der Renteneintritt mit 60 Jahren. Dies seien schöne Versprechungen, die aber weit außerhalb von realistisch Machbarem liegen, da sie schlichtweg nicht zu finanzieren seien.

MdB Dr. Andreas Schockenhoff diskutiert beim CDU-Stadtverband Laupheim

Bilder von Burkhard Volkholz



Unter dem Motto „Braucht die Welt mehr Bundeswehr?“ stand die sehr gut besuchte Informations- und Diskussionsveranstaltung im katholischen Gemeindezentrum. Diese provokante Frage hatte der CDU-Stadtverbandvorsitzende Wilhelm Glocker in seiner Begrüßung vorangestellt. „Nein“, erwiderte der Bundestagsabgeordnete - weil Frieden und Freiheit nicht allein mit militärischen Mitteln gesichert werden könnten.



Mitte April hatte der CDU-Stadtverband MdB Dr. Andreas Schockenhoff (stv. Mitglied im Bundestag) nach Laupheim eingeladen. Isolde Weggen vom CDU-Kreisvorstand hatte diesen Tag geplant und bestens organisiert.

Zuvor hatte sich Dr. Schockenhoff, zusammen mit MdB Franz Romer bei den Laupheimer Heeresfliegern über den Auftrag und aktuellen Auslandseinsatz in Afghanistan informiert.



CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit

von Peter Schneider, MdL

Baden-Württemberg gehört mit weitem Abstand zu den sichersten Ländern Deutschlands. Seit zehn Jahren in Folge nimmt unser Land mit einer der niedrigsten Kriminalitätsraten und einer der höchsten Aufklärungsquoten eine Spitzenposition im Ländervergleich ein. Die Menschen fühlen sich hier so sicher, wie nirgendwo sonst. Das verdanken wir natürlich vor allem der hervorragenden Arbeit und professionellen Leistung unserer Polizei. Es ist aber ebenso ein Erfolg der CDU-Politik hier im Land. Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit. Wir wollen auch in Zukunft eine bürgernahe und leistungsfähige, optimal organisierte und modern ausgestattete Polizei.



MdL Peter Schneider will eine bürgernahe und leistungsfähige Polizei!

Um die Besoldungsstruktur im mittleren Polizeidienst zu verbessern, werden 2007 und 2008 insgesamt 700 Stellen angehoben. Ebenfalls 2007 haben wir begonnen, den Anteil der Stellen im gehobenen Polizeidienst anzuheben. Bis 2010 soll der Anteil des gehobenen Dienstes im Polizeivollzugsdienst bei 55% liegen. Im Dezember haben wir im Nachtragshaushalt entschieden, den Stellenabbau im Nichtvollzugsdienst der Polizei schon in diesem Jahr zu beenden. Aufgrund der Verwaltungsreform 2005 mussten alle Bereiche der Landesverwaltung Personal abbauen. Bei der Polizei haben wir die eigentlich zu erbringende Effizienzrendite auf fast die Hälfte reduziert. Polizeibeamte sollen nicht in vollzugsfremden Aufgabengebieten eingesetzt werden müssen, sondern ihre Arbeitskapazitäten auf die operative Polizeiarbeit konzentrieren. Landesweit müssen aber auch bei der Polizei in den kommenden Jahren insgesamt 912 Stellen abgebaut werden. Das hat mehrere Gründe: Über 600 Stellen ergeben sich aus der auf 41 Stunden verlängerten Wochenarbeitszeit. 236 Stellen stehen in Zusammenhang mit Aufgaben (Lebensmittelüberwachung) die von der Polizei auf die Stadt- und Landkreise übertragen wurden. Weitere 66 Stellen ergeben sich aus der Übertragung von Aufgaben der polizeilichen Datenverarbeitung auf das Informatikzentrum des Lan-

Weitere Informationen von MdL PETER SCHNEIDER aus Stuttgart ↪ www.peter-schneider-bc.de

des. Wir wissen, dass die Personaldecke der Polizei dünn und die Arbeitsbelastung anhaltend hoch ist. Da durch die verlängerte Wochenarbeitszeit und Aufgabenverlagerung Kapazitäten frei werden, sind diese Einsparungen mit Blick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung vertretbar.

Entscheidend ist für mich, dass Stelleneinsparungen auf keinen Fall einseitig zu Lasten der Polizeipräsenz in der Fläche gehen dürfen. Von den etwas über 300 Stellen, die in diesem Jahr eingespart werden müssen, entfällt aber knapp die Hälfte auf das Polizeipräsidium Stuttgart. Für den Regierungsbezirk Tübingen müssen im Jahr 2008 nur insgesamt 44 Stellen eingespart werden. Wie sich diese Stellen konkret auf die insgesamt acht Polizeidirektionen im Regierungsbezirk verteilen, muss das zuständige Polizeipräsidium beim Regierungspräsidium zwar noch endgültig entscheiden. Resultierend aus dieser Diskussion sind aber im Illertal schon Befürchtungen laut geworden, dass der Polizeiposten Ochsenhausen ab Herbst 2008 geschlossen und damit die Rund-um-die-Uhr-Präsenz der Polizei im Illertal gefährdet wird. Diese Befürchtungen treffen so nicht zu. Mein Landtagskollege und Staatssekretär im zuständigen Innenministerium Rudolf Köberle, MdL hat bestätigt, dass es bei der Polizeidirektion Biberach derzeit keine Überlegungen gibt, den Polizeiposten Ochsenhausen aufzulösen. Vielmehr ist nach den Planungen des Regierungspräsidiums und der Polizeidirektion Biberach, der Polizeiposten Ochsenhausen von dem in 2008 zu erbringenden Stellenabbau ausgenommen ist. Die Polizeidirektion Biberach wird durch ablauforganisatorische Maßnahmen sowie ein bereits umgesetztes neues Arbeitszeitmodell sicherstellen, dass der bisherigen 24-Stunden-Dienstbetrieb aufrecht erhalten bleibt.

Damit es durch Stelleneinsparungen und die absehbaren Pensionierungen der kommenden Jahre zu keinen personellen Engpässen kommt, hat die CDU-Landtagsfraktion im Februar beschlossen, bei der Polizei nicht erst 2009 sondern bereits in diesem Jahr mit zusätzlichen Neueinstellungen zu beginnen. Schon im Herbst werden zusätzlich 160 Bewerber zum Zuge kommen. Die Polizei im Land kann so auf Jahre hinaus jährlich rund 800 neue Polizeianwärter als junge Nachwuchskräfte einstellen, die das Polizeipersonal verstärken und den Altersaufbau der Polizei verbessern. Wir bieten damit aber auch Jahr für Jahr 800 junge Menschen mit Mittlerer Reife oder Abitur einen attraktiven Ausbildungsplatz und qualifizierten Schülerinnen und Schülern wesentlich bessere Chancen für ihre Berufswahl bei der Polizei. ■



73479 Ellwangen • Tel.: 07961/885-0 • www.kicherer.de

Schulamt bleibt im Kreis

von Peter Schneider, MdL

Bildung ist ein ganz entscheidender Zukunftsbereich und bleibt wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik. Es ist deshalb gut, dass das Schulamt bei uns im Kreis bleibt. Eine von mir geleitete Arbeitsgruppe der CDU-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit der Evaluation, d.h. Überprüfung und Beurteilung der im Jahr 2005 umgesetzten Verwaltungsstrukturreform befasst. Wir kamen dabei zum Ergebnis die Schulverwaltung, Flurbereinigungs- und Grundbuchämter zukünftig stärker zu konzentrieren. Auf dieser Basis haben sich Anfang April Landesregierung und Regierungsfractionen auf ein Gebiets- und Standortkonzept für die staatlichen Schulämter und gemeinsame Dienststellen der Landkreise im Bereich Flurneuordnung geeinigt. Aus meiner Sicht ist es gelungen, landesweit ausgewogene Standortentscheidungen zu treffen, fachlich leistungsfähige Behördenstrukturen zu schaffen, die Schulverwaltung, Flurneuordnung und Grundbuchämter



MdL Peter Schneider beantwortete Fragen einer Besuchergruppe aus Laupheim zur aktuellen Schulpolitik und zum Standort des neuen Schulamtes in Biberach.

für ihre künftigen Aufgaben machen.

Die Aufgaben der unteren Schulaufsichtsbehörden und der Schulpsychologischen Beratungsstellen werden künftig auf 21 Staatlichen Schulämtern konzentriert, die auch für mehrere Stadt- und Landkreise zuständig sind. So umfasst

st unser Schulamtbezirk in Zukunft mit den Alb-Donau-Kreis und die Stadt Ulm. Das Schulamt in Biberach wird mit seinen 11 Schulräten mehr als 200 Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen mit rd. 45.000 Schülern und über 3.100 Lehrkräften betreuen. Die Zahl der betreuten Schulen war bisher schon im Landkreis Biberach am größten. Sieht man die Schwerpunkte des künftigen, neuen Schulamtsbezirks und die zu betreuenden Schulen, ist Biberach von den Distanzen her relativ zentral gelegen. Auch wenn das neue Schulamt zukünftig eine eigenständige staatliche Behördenorganisation sein wird, haben wir so die Chance, das in der Vergangenheit sehr gute und hervorragende Funktionieren der Mitarbeiter von Schulträger und Schulamt fortzusetzen. Das ist im Interesse aller im neuen Schulamtsbezirk: von Schulen, Lehrkräften, Schülern und Eltern.

In den vergangenen Jahren hat Amt für Schule und Bildung in Biberach eine hervorragende, mustergültige Arbeit geleistet. Im Landkreis Biberach wurden die Synergien zwischen Sozialem, Jugendamt und vor allem auch Gesundheitsamt in besonders eindrücklicher Weise gehoben. Von der umfassenden Sprachförderung im vorschulischen Bereich bis hin zu innovativen Ausbildungskonzepten, etwa in der Lehrerbildung an der Birkendörfer- und Malischule, zeugen zahlreiche Projekte von einer lebendigen Bildungslandschaft mit auch sehr bildungsfreudigen Schulträgern. Von Biberach sind innovative Bildungsprojekte und erfolgreicher Modellvorhaben ausgegangen, die andernorts große Beachtung und Anerkennung fanden. ■

Verkauf | Staplermietservice | Reparatur | Kundendienst | Ersatzteilservice | Vor Ort Service



mehr bewegen!

Gabelstapler-Fahrerschulung:
Sa. 26.04.08, Sa. 10.05.08, Sa. 31.05.08
Im Grund 7, 88356 Ostrach, Tel. 07585-93 03-0
Aktuelle Angebote unter www.kugler.net

Leasing-Sonderaktion

TCM Treibgasstapler
Tragkraft: 2.500 kg
Hubhöhe: variabel
Laufzeit: 4 Jahre
Garantie: 4 Jahre
ab 356,- € + MwSt.
monatlich



K Harald Kugler

Gut für uns alle. **BC**

Kreissparkasse Biberach

www.kfbc.de

**Meine nächste
Bürgersprechstunde
findet am 24. Juni 2008
von 18.00 - 20.00 Uhr
in meinem Wahlkreisbüro
in Biberach,
Braithweg 27, statt.
Eine vorherige Anmeldung
ist nicht erforderlich!**

Die Eigenheimrente - Neue Fördermöglichkeiten für Häuslebauer

von MdB Franz Romer
und MdB Dr. Andreas Schockenhoff

Ein Haus oder eine Eigentumswohnung, um im Alter mietfrei wohnen zu können - das gehört für viele selbstverständlich zur Altersvorsorge dazu. Wer sein Geld in diese Form der Alterssicherung investiert, kann künftig mit staatlicher Förderung rechnen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur sogenannten Eigenheimrente in Arbeit. Damit soll die Bildung von Wohneigentum in die Riestervorsorge einbezogen und die frühere Eigenheimzulage ersetzt werden.

Die wesentlichen Elemente der Eigenheimrente sind:

- Direktfinanzierung: Bauherren oder Käufer können Kapital aus ihrem laufenden Riester-Vertrag entnehmen und damit Wohnung oder Haus finanzieren.
- Entschuldung: Angespartes Kapital plus Zulagen wird nach Eintritt in den Ruhestand zur Rückzahlung der Hypothek genutzt.
- Kreditaufnahme: Bei Aufnahme eines Baukredites kann die Förderung auch zur Tilgung fälliger Raten verwendet werden.

So soll die Eigenheimrente im Einzelnen funktionieren:

Gefördert werden können alle, die gesetzlich rentenversichert sind und einen Riester-Vertrag haben oder abschließen. Die Förderung kann für den Kauf, den Bau oder die Entschuldung einer Wohnung oder eines Hauses sowie für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen in Anspruch genommen werden. Voraussetzung ist, dass die Wohnung selbst genutzt wird. Die Beiträge sind in der Sparphase steuerfrei. Zum Rentenbeginn hat der Sparer dann die Wahl: Er kann die Steuerschuld auf einen Schlag zahlen und dafür einen Rabatt von 30% bekommen oder die Steuerschuld über einen Zeitraum von 17 bis 23 Jahren abzahlen. Wer seine bereits angesparte Rie-



sterrente für die Anschaffung oder den Hausbau verwendet, muss anders als bisher, den entnommenen Betrag nicht mehr zurückzahlen.

Bauspar- und Darlehensverträge für die Anschaffung und den Bau von selbst genutzten Immobilien und Genossenschaftsanteilen werden künftig ebenfalls gefördert. Die Förderung der Darlehenstilgung kann für alle nach dem 31. Dezember 2007 erworbenen oder gebauten Wohnimmobilien beantragt werden. Wohnungsbauprämien sollen künftig nur noch gewährt werden, wenn das gesparte Kapital in ein neues selbst genutztes Eigenheim bzw. eine Eigentumswohnung investiert wird.

Wird die geförderte Immobilie nicht mehr selbst genutzt, muss die staatliche Zulage nicht zurückgezahlt werden, wenn das geförderte Kapital in ein Folgeobjekt investiert oder in einen neuen Altersvorsorgevertrag eingezahlt wird. Das gleiche gilt, wenn im Fall des Todes des Steuerpflichtigen der überlebende Ehegatte die Selbstnutzung fortsetzt. Auch der Einkauf in ein Altenheim ist eine Option.

Geplant ist für Berufseinsteiger ein Bonus in Höhe von 100 Euro für diejenigen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und eine Altersvorsorgezulage erhalten. Damit soll das Sparen in jungen Jahren angereizt werden. ■

Die Kuppel des Reichstagsgebäudes ist einer der großen Anziehungspunkte Berlins. Drei Millionen Bürger besuchen die gläserne Konstruktion des Architekten Sir Norman Foster jährlich. Darunter Anfang April auch eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis von MdB Franz Romer.

(Foto: Atelier Schneider, Berlin)



TORE UND ANTRIEBE

DORMA tormatic



liefert + montiert Friedbert Blersch

Carl-Benz-Str. 15 • 88471 Laupheim-Obersulmetingen
Telefon 0 73 92 / 9 66 00 • Fax 0 73 92 / 9 66 0 29

Ab sofort
chancenlos!



Fliegen- und Schnakengitter

Wir sind Spezialisten in :
"Erneuerbare Energien"

Wir zeigen Ihnen, wie Sie ohne Investment,
50 % Ihrer Energiekosten einsparen!

hampp

energie-systeme

Hampp Energie-Systeme • 88416 Reinstetten
tel.: 07352/9119-0 fax 07352/9119-19

Praktikum im Bundestag

von MdB Franz Romer

„Dem Herr Romer schick ich jetzt mal ‘ne E-Mail“, dachte sich der Schwendier Sebastian Stier, Student der Politikwissenschaft an der Uni Heidelberg, als er sich nach interessanten Praktikumsstellen für die Semesterferien umschaute. Und ein halbes Jahr später saß er tatsächlich im Büro des Bundestagsabgeordneten Franz Romer in Berlin. Dabei gab es allerhand zu sehen: Fraktionssitzungen, Plenardebatten und Ausschüsse. Als ständiger Begleiter von Herrn Romer bekam er einen Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und in die Abläufe im Bundestag. Außerdem hatte er die Möglichkeit, im Rahmen des Praktikantenprogramms der CDU/CSU-Fraktion an interessanten Programmpunkten teilzunehmen, wie z.B. Führungen durch das ARD-Hauptstadtstudio und das Bundeskanzleramt. Dabei ergab sich sogar die Möglichkeit eines Fotos mit Kanzlerin Merkel. Jedoch war er nicht nur Beobachter, sondern auch in die Arbeit von Herrn Romers Büro eingebunden. Briefe schreiben, die Anliegen des Wahlkreises zu bearbeiten und das tägliche „Wälzen von Akten“ gehört ebenso zur Arbeit im Bundestag. Und auch die große Bundestagsbibliothek war für ihn ein echtes Highlight. In seiner letzten Woche bekam Sebastian Gesellschaft



Vlnr.: Sebastian Stier, Dominic Filser, Franz Romer, Tobias Glass, Jonas Müller, Thomas Sigg und Marius Leiðle.

von Marius Leiðle, der fünf Wochen lang bei Herrn Romer Praktikum machen wird, und vier Elftklässlern des Laupheimer Carl-Laemmle-Gymnasiums, die ihre Zeit der „Berufs- und Studienorientierung am Gymnasium“ (BOGY) in Berlin verbrachten. Einen Monat lang war Sebastian Stier im Bundestag. Sein Fazit lautet: „Viel spannender als die ganzen Semesterferien Hausarbeiten zu schreiben.“ ■

**Meine nächste Bürgersprech-
stunde findet am 10. Juli 2008
von 14.00 - 17.00 Uhr in meinem
Wahlkreisbüro in Biberach,
Braithweg 27 statt. Eine vorherige
Anmeldung ist nicht erforderlich!**

Bundestagsabgeordneter Franz Romer spricht zum Ausbildungsbonus

Franz Romer begrüßte in der Bundestagsdebatte am 10. April den Entwurf der Bundesregierung zum Ausbildungsbonus. Hiermit sollen Ausbildungsbewerber, die ihren Schulabschluss im vorhergehenden Jahr oder früher absolviert haben, besonders gefördert werden.

Franz Romer zeigte sich zufrieden, dass mit diesem Instrument nur zusätzliche Ausbildungsplätze mit bis zu 6.000 Euro gefördert werden und ein Missbrauch verhindert wird. „Dadurch schaffen wir es, den Sockel von über 52%



Altbewerbern abzutragen“, sagte Romer nach der Debatte in Berlin. Gleichzeitig soll der Übergang ins Arbeitsleben durch die Einführung der Berufseinstiegsbegleitung unterstützt werden und zusätzlich die Möglichkeit bestehen, den Ausbildungsbonus auf Zweitausbildungen als Ermessensleistung zu zahlen. Romer unterstrich in seiner Rede, dass damit die positive Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Wirtschaft in der Region Oberschwaben jetzt auch staatlich unterstützt werden kann. Der Gesetzentwurf wird nun den Ausschüssen zur weiteren Beratung zugeleitet. Das Gesetz soll pünktlich zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres im Sommer in Kraft treten. ■

**Weitere Informationen von MdB FRANZ ROMER
aus Berlin ⇨ www.franz-romer.de**



www.hdi.de

Geld sparen!

HDI Direkt: Das exklusive Angebot für aktive CDU-Mitglieder
Warum sparen Sie Geld bei der HDI?

- CDU-Mitglieder handeln veranwortungsvoll. Das belohnt die HDI mit besonders günstigen Preisen bei Ihren Versicherungen
- Starker Preis-Leistungsverhältnis: HDI arbeitet als Direktversicherer ohne teuren Außendienst.
- Schnelle unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi Sparbeiträge für CDU-Mitglieder Beitragsgarantis – insgesamt bis zu 27 %

HDI Niederlassung Stuttgart
Sachwort „CDU“
Heilbronner Straße 138
70191 Stuttgart
Telefon: 07 11 95 58 291

Kommunales Unternehmen
Fördervereine für
CDU-Mitglieder

Fachgespräch im Deutschen Bundestag zur Europäischen Agrarpolitik

von MdEP Elisabeth Jeggle

Am Montag, den 21. April 2008, fand im Deutschen Bundestag ein Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktionen zum Thema „Europäische Agrarpolitik - Chancen für die Deutsche Landwirtschaft“ statt. Zu den anwesenden Experten gehörten u.a. der stellvertretende Kabinettschef der EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel, Professor Dr. Borchardt, der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Horst Seehofer, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Gerd Sonnleitner, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder MdB und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Bleser MdB. Als Agrar-

schen Parlament habe ich mich erneut entschieden für die Einrichtung eines Milchfonds ausgesprochen. Die im EU-Haushalt für den Milchmarkt veranschlagten und nicht ausgeschöpften Mittel der GAP sollten für Maßnahmen zur Finanzierung von Begleitmaßnahmen, insbesondere in benachteiligten Gebieten, verwendet werden. Was den möglichen Ausstieg aus der Quote im Jahre 2015 angeht, so habe ich den vom Parlament am März 2008 verabschiedeten Bericht zum Health Check zitiert, in dem es heißt:

80. ist sich bewusst, dass das System der Milchquoten in der bisherigen Form nach 2015 vermutlich nicht fortgeführt werden wird und fordert die Kommission auf, umfassend zu prüfen,



genüber der Kommission vorbrachte, gehörten:

- Weitere Vereinfachungen und eine Harmonisierung der Vorschriften von Cross-Compliance als Schritt zur Entbürokratisierung
- Eine weitere EU-weite Entkopplung der Direktzahlungen
- Ablehnung jeglicher Kürzungen der Direktzahlungen
- Forderung an die EU-Kommission, ein Gesamtkonzept von Begleitmaßnahmen zum Ausstieg aus der Milchquotenregelung vorzulegen _ die alleinige Anwendung von Artikel 69 kann hier nicht zielführend sein
- Für den Fall zukünftiger drastischer Marktkrisen sollte ein Sicherheitsnetz eingerichtet werden, das die Funktion der Märkte nicht außer Kraft setzt
- Fortentwicklung der Marktöffnungsstrategie der Bundesregierung in Ländern mit einer wachsenden Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

Mit fast 60% der Bevölkerung der 27 EU-Mitgliedsstaaten, die in ländlichen Gebieten leben, und mit etwa 4,3 Mio. Erwerbstätigen, die allein in Deutschland in allen vor- und nachgelagerten Bereichen im Agribusiness beschäftigt sind, ist es von höchster Bedeutung, unsere Landwirtschaft in Europa nachhaltig zu gestalten, d.h. Ökologie, Ökonomie und soziale Aspekte unter einen Hut zu bringen. 90% der gesamten Fläche der EU entfallen auf ländliche Gebiete, und über die Hälfte wird landwirtschaftlich genutzt. Dies verdeutlicht, wie stark die Landwirtschaft die natürliche Umwelt in der EU mitgestaltet. Aus diesem Grund werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Landwirtschaft auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa beitragen kann und beitragen wird! ■



expertin und Mitglied des Agrarausschusses wurde ich als Vertreterin des Europäischen Parlaments ebenfalls zu diesem Fachgespräch nach Berlin eingeladen.

Da die Europäische Kommission ihren legislativen Vorschlag zum Health Check am 20. Mai 2008 vorlegen wird, war dies eine gute Gelegenheit, mit meinen Kollegen in Deutschland eine intensive Diskussion über die Ausgestaltung der einzelnen Elemente der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu führen und ihnen die Position des Europäischen Parlaments darzulegen.

Prof. Borchardt betonte seitens der Kommission, dass die Milchquote am 31. März 2015 auslaufen wird und dass die Kommission bis dahin, eine schrittweise Erhöhung der Milchquote vorsieht, um eine weiche Landung („soft landing“) für die Landwirte zu garantieren. Darüber hinaus sprach sich Prof. Borchardt für eine Umverteilung der Gelder von der 1. in die 2. Säule aus, um damit die Entwicklung des ländlichen Raums weiter voranzubringen. Diese Forderung lehne ich, gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, entschieden ab. Schließlich sind es die Zahlungen innerhalb der 1. Säule, die den Betrieben der Land- und Ernährungswirtschaft zur Finanzierung notwendiger Investitionen direkt zur Verfügung stehen. Nur so können Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert und ausgebaut werden.

Wie auch schon in meinem Bericht zum Mini-Milch-Paket und zur Milchquote im Europäi-

wie die Milchmarktordnung der Zukunft aussehen könnte; fordert die Kommission auf, für die Zeit nach 2015 ein schlüssiges Konzept für den Milchsektor vorzulegen, das die Fortführung der Milchproduktion in Europa auch in Berggebieten, abgelegenen Regionen und anderen besonders benachteiligten Regionen sichert;

81. verweist die Kommission auf die Parlamentsbeschlüsse im Rahmen des Mini-Milch-Pakets in Bezug auf die Marktmaßnahmen und den Milchfonds.

Zu den weiteren Forderungen, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschlossen ge-

brenner

Heizung Lüftung Klima

Gebr. Brenner GmbH • Ziegelhausstraße 60
88400 Biberach an der Riß • www.brenner-bc.de

Telefon 0 73 51 - 99 00 - 0 • Fax 0 73 51 - 99 00 - 10

Klimaschutz - die Automobilindustrie in Baden-Württemberg und Europa

von Elisabeth Jeggle, MdEP

Zu diesem auch für unsere Raumschaft sehr wichtigen Thema konnte ich am 13. Februar 2008 die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner zu einem Meinungsaustausch über den Klimaschutz und insbesondere die Rolle der Automobilindustrie im Europä-

tarischen Abends zum Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur CO₂-Minderung der Pkw-Emissionen statt.

An diesem Meinungsaustausch nahm auch eine mit Ministerin Gönner angereiste Journalistengruppe aus Baden-Württemberg teil, die nicht nur das Europaparlament von innen näher kennenlernen konnte, sondern auch mehr über

Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen - im Auge zu behalten

Beim anschließenden Parlamentarischen Abend konnte Umweltministerin Gönner in der baden-württembergischen Landesvertretung zahlreiche hochrangige Podiumsteilnehmer aus Europäischem Parlament (Dr. Werner Langen, CDU Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe), EU-Kommission und Automobilindustrie unseres Landes (Audi, Daimler) willkommen heißen, sowie mit über 200 Teilnehmern ein interessiertes Fachpublikum begrüßen. Den Zeitpunkt ihrer Veranstaltung hat Tanja Gönner genau richtig gewählt, da das Gesetzgebungsverfahren zum Kommissionsvorschlag zur CO₂-Minderung bei Pkw vom vergangenen Dezember im mitentscheidenden Europaparlament gerade im Anlauf ist. So konnten die gerade auch für die Automobilindustrie unseres Landes wesentlichen Argumente in den Vordergrund gerückt werden.

Die CO₂-Emissionen aus dem Straßenverkehr seien seit 1990 um 26% gestiegen, daher sei es an der Automobilindustrie, so Tanja Gönner, diesen Trend umzukehren. Sicherlich müssten dabei größere Fahrzeuge einen größeren Beitrag leisten. Die kleinen und mittelgroßen Fahrzeugmodelle dürften aber nicht aus der Verantwortung entlassen werden, denn von ihnen gehe wegen ihrer großen Zahl der Hauptanteil der CO₂-Emissionen bei Pkw aus. Die kommende europäische Regelung dürfe daher zu keiner ein-



Journalisten und Landesbeamte mit Umweltministerin Tanja Gönner und Elisabeth Jeggle MdEP.



Vlnr.: Elisabeth Jeggle, Dr. Werner Langen, Tanja Gönner.



Vlnr.: Dr. Hanns Glatz, Elisabeth Jeggle, Prof. Bharat Balasubramian, Tanja Gönner.

schon Parlament in Brüssel begrüßen. Der Meinungsaustausch fand im Vorfeld des von Ministerin Gönner in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel organisierten Parlamen-

dessen Rolle im anstehenden Gesetzgebungsverfahren zum Verordnungsvorschlag erfuhr. Besonders wichtig war für mich bei dem Besuch, dass Ministerin Gönner und die Journalisten mit dem früheren Vorsitzenden des zuständigen Umweltausschusses, dem CDU-Abgeordneten Florenz aus Nordrhein-Westfalen, einen eingehenden Gedankenaustausch über den Klimaschutz im Allgemeinen und die CO₂-Minderung bei Pkw im Besonderen hatten. Dabei war von dem konservativen Politiker zu erfahren, dass er „kein langsames sondern ein sauberes Auto“ wolle.

Gleichzeitig warnte er aber auch vor Panik in der Klimapolitik. Nach seinen Worten treibe ihn „eine ganz große Angst“ um, dass sich deutsche Unternehmen zu langsam bewegen und dass entscheidende Innovationen für den Weltmarkt in anderen Ländern und Kontinenten entwickelt und realisiert werden. Aus meiner Sicht - und Frau Ministerin Gönner stimmt mit mir hier überein - ist auch beim Klimaschutz die Nachhaltigkeit mit ihren drei Säulen „Ökologie, Ökonomie, Soziales“ - und dabei im Besonderen auch die

seitigen Lastenverteilung zuungunsten von deutschen und baden-württembergischen Automobilherstellern führen. Nach den Worten der Umweltministerin Gönner dürfen auch keine Strafen um der Strafen willen vorgesehen werden, vielmehr sei eine Motivation zur Innovation notwendig. Auf jeden Fall müsse der Autokäufer über eine Senkung des Kraftstoffverbrauchs (und damit der Kosten) für eine Minderung der CO₂-Emissionen gewonnen werden.

In der überaus lebendigen Diskussion prallten die Argumente hart aufeinander, so dass Ministerin Gönner auch selbst moderierend eingreifen musste. Der große Erfolg der Veranstaltung bestand im frühzeitigen Aufgreifen der Schwachpunkte des Kommissionsvorschlags und im Austausch der breiten Palette der Pro- und Contraargumente bereits zum Auftakt des Gesetzgebungsverfahrens. Somit sollte es ermöglicht werden, zwischen dem unabdingbaren Klimaschutz und den Interessen der Autonutzer wie auch der Automobilindustrie mit ihren Arbeitsplätzen gerade in unserem Land einen tragbaren Ausgleich zu finden. ■

LUST AUF
SCHÖNE SCHUHE

hepfer
DA STEH' ICH DRAUF

Schuhhaus Hepfer
Bürgerturmstraße 17
88400 Biberach

Milchgipfel in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel

von Elisabeth Jeggle, MdEP

Am 12. März hat das Europäische Parlament mit mir als verantwortlicher Berichterstatterin seine Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag zu einer 2%-igen Quotenerhöhung für das Milchwirtschaftsjahr 2008/09 abgegeben. Am 17. März hat der Rat mit großer Mehrheit (nur Deutschland und Österreich haben dagegen gestimmt) den Kommissionsvorschlag angenommen. Die Verordnung trat am 1. April 2008 in Kraft. Genau an diesem Tag lud der Milchindustrieverband (MIV) Mitglieder der Kommission, des Europäischen Parlaments, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum in Stuttgart, sowie Vertreter der Industrie zu einer konstruktiven Diskussion über die Zukunft der EU-Milchpolitik in die Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU ein.

Als Gastgeber führte der baden-württembergische Minister für Ernährung und ländlichen Raum, Peter Hauk (Bildmitte), souverän durch den Abend. Die folgenden Gäste konnte der Minister begrüßen und mit ihnen über ihre Positionen zum Thema Milchquote diskutieren: die Kommissarin Mariann Fischer Boel (im Bild 2.v.l.), der Vorsitzende des Milchindustrieverbands, Herr Dr. Karl-Heinz Engel (l.), der Vorsitzende des Danish Dairy Board, Bent Juul Sørensen (r.) und meine Wenigkeit. Anschließend konnte auch das Publikum, darunter auch mein geschätzter Kollege Dr. Lutz Goepel, Fragen stellen und seine Positionen darlegen.

In meiner Rede habe ich nochmals die Einrichtung eines Milchfonds und Begleitmaßnahmen zu einem möglichen Quotenausstieg gefordert sowie auf die ohnehin unterlieferten Quoten aufmerksam gemacht. Es ist mir wichtig, dass die gestiegenen Preise, die gerade erst beim Erzeuger angekommen sind, nicht durch eine,



meiner Meinung nach, nicht notwendige und übereilte Quotenerhöhung auf Talfahrt gehen. Gerade die europäischen Landwirte, die sich an hohe Umwelt-, Hygiene- und Tierschutzstandards halten, haben das Recht auf einen fairen Preis für ihre Produkte.

Kommissarin Fischer Boel und Minister Hauk haben sich derweil für die bereits beschlossene Quotenerhöhung ausgesprochen. Besonders die Kommissarin machte auf die Chancen in den sich entwickelnden asiatischen Märkten aufmerksam, auf die ich mich als verantwortliche Politikerin jedoch nicht verlassen möchte.

Doch auch wenn es, wie es bei so vielen verschiedenen Akteuren zu erwarten ist, natürlich Unterschiede in der Haltung zu den Milchquoten gab, so war doch deutlich erkennbar, dass jeder Redner für sich dem Thema eine große Wichtig-

keit gegeben und sich ernsthaft Gedanken um die Zukunft des Milchsektors gemacht hat.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde genau dies noch einmal deutlich. Auch wenn Kommission, Parlament, Industrie und Verbände nicht immer die exakt gleiche Meinung vertreten, so ist unser Anliegen doch darin vereint, dem Milchsektor und den Landwirten eine bestmögliche Perspektive zu bieten. Dies bedeutet eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine Förderung der Strukturanpassung als auch den Erhalt der Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten. Das Europäische Agrarmodell, welches ökonomische, ökologische und soziale Aspekte mit nachhaltiger Landwirtschaft verbindet, darf nicht der Globalisierung geopfert werden! Dafür setze ich mich ein und werde dies auch weiterhin tun. ■

Weitere Informationen von MdEP ELISABETH JEGGLE aus Brüssel → www.eurojeggle.de

++ neu ++ gebraucht ++ topqualität ++ assco ++ hünnebeck ++ layher ++ mj ++ plettac ++ rux ++ wepa ++ uva.

LagerSysteme
Kragarmregale Palettenregale



kero
Bau + Lagertechnik Gerüstbörse

Der **faire** Partner der Region.

Fassadengerüste Alu-Fahrgerüste
Modulgerüste Gerüstzubehör



NEUHEIT:
Vermischungszulassung
Z-8.1-895

internationale
GerüstBörse®

Junge Union Gutenzell gegründet – Geschichte wiederholt sich

von Armin Härle,
Kreisvorsitzender JUNGE UNION

Am 13. April 2008 wurde der JU Ortsverband Gutenzell gegründet. Im Gasthaus Zweifel, besser bekannt als „Dore“, fand die Gründungsversammlung statt. Der Kreisvorsitzende, Armin Härle, konnte 3 Mitglieder aus anderen Ortsverbänden und 6 Neumitglieder begrüßen.

Zwei Wochen später fand an gleicher Stelle die erste Mitgliederversammlung statt. Zu Beginn konnten 4 weitere Neumitglieder aufgenommen werden. Bei den Vorstandswahlen wurde Jürgen Bopp zum Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Stefan Schmid und Sebastian Dziadek. Das Amt des Schriftführers und Internetbeauftragten wurde Axel Redinger anvertraut. Die Vorstandschaft wird mit den Beisitzern Christian Schwarz, Tobias Keuchel, Alexander Ego, Michael Maier, Nicolas Wohnhas, Eduard Redinger und Georg Sander komplettiert.

Im Anschluss an die Wahlen erläuterte der Kreisvorsitzende die Schwerpunkte der Jungen Union im Jahre 2008: Kommunalpolitische Mitgliederschulung, Zusammenarbeit mit befreundeten Verbänden, die Vorbereitung auf das „Superwahljahr 2009“ und besonders die Mitgliederwerbung. Parlamentsbesuche und Bildungsfahrten stehen neben einer mehrtägigen Jahresfahrt auf dem Programm. Des Weiteren erfolgte noch eine Einladung zum 38. Landestag der JU Baden-Württemberg ins nordbadische Remchingen. Auch sportlich werden die JU*ler



Der junge Ortsverband in Gutenzell mit (stehend vlnr.) Nikolas Wohnhas, Stefan Schmid, Christian Schwarz, Michael Maier, Georg Sander, Alexander Ego und Sebastian Dziadek; im Vordergrund: Armin Härle, Eduard Redinger Jürgen Bopp und Axel Redinger.

gefordert. Beim Beachvolleyballturnier in Kirchbierlingen nimmt erstmals eine Mannschaft aus dem Kreisverband teil. Der erste Beschluss des jungen Ortsverbandes war die Festlegung der Lokalität für die Vorstandssitzungen. Diese werden auch künftig im Gasthaus Zweifel stattfinden und generell für Mitglieder und Interessierte

offen sein. Dass sich in Gutenzell die Geschichte wiederholt liegt daran, dass in den 60er Jahren der JU Ortsverband Gutenzell erstmals von Josef Bopp, dem Vater des heutigen Vorsitzenden, gegründet wurde. Der zuständige Kreisvorsitzende war damals Wilfried Härle, ebenfalls der Vater des aktuellen JU-Chefs im Kreis. ■

ArnoldHaus
Holzbau-Manufaktur seit 1888

Mehr Lebensqualität.

ArnoldHaus steht seit über einem Jahrhundert für natürliche Lebensräume. Unsere Häuser vereinen kreatives Handwerk mit moderner Bau- und Haustechnik. Als Holzbau-Manufaktur bieten wir Ihnen stets individuelle Entwürfe, jedes Haus ist ein Unikat. Und auf die persönliche Nähe zu unseren Kunden legen wir ganz besonderen Wert.

Wir freuen uns auf Ihre Ideen.

Wiesenstraße 14 | 68499 Kiedingen
Tel. 07333 92110 | www.arnold-haus.de

Kinder früher einschulen!

von Alexander Dörr,
Pressereferent JU Bezirksverband

Ganz im Zeichen der Bildungspolitik stand der diesjährige Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg im nordbadischen Remchingen. Der mit sensationellen 94 Prozent Zustimmung wiedergewählte Landesvorsitzende begründete die zentrale Forderung der JU in seinem Rechenschaftsbericht: „Um Kinder spielerisch an Lerninhalte heranführen zu können, ist es allemal sinnvoller ein Jahr früher einzuschulen als ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr einzuführen“. Da Kinder sowieso mehr und mehr schon mit zwei Jahren in die Kindergärten geschickt würden, würde die Kindergartenzeit somit längerfristig nicht gekürzt werden. Die Bürger würde letztendlich auch nicht interessieren, welche Ebene was bezahlen müsste. Es gehe den Eltern um die bestmöglichen Entwicklungschancen für ihre Kinder, so Bilger weiter. Dem pflichtete auch der Verantwortliche des JU-Bezirksverbandes für die inhaltliche Vorbereitung des Landestages, Christoph Koch, bei. Er ließ keinen Zweifel daran erkennen, dass für die JU die Entwicklung des Kindes immer Vorrang vor strukturpolitischen Entscheidungen haben muss. Das dreigliedrige Schulsystem sei erfolgreich und deshalb erhaltenswert.

Der Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern war auch in diesem Jahr personell wieder sehr erfolgreich. So konnte der stv. Landesvorsitzende Peter Bausenhart aus Ehingen-Nasgenstadt unglaubliche 89% bei seiner Wiederwahl einfahren. Das bisherige Landesvorstandsmitglied Martin Weng erreichte als neuer Schatzmeister des Landesverbandes überwältigende 98% Zustimmung. Das Team des Bezirksverbandes komplettiert der Reutlinger JU-Kreisvorsitzende Marcel Bonnet als neuer Beisitzer in der Nachfolge von Kai-Markus Schenek. Im Deutschlandrat wird der Bezirk weiterhin mit Martin Arnegger vertreten sein. Neu gewählt wurde der neue Sigmaringer JU-Kreisvorsitzende Raid Gharib als stv. Deutschlandratsmitglied. Der JU-Deutschlandrat ist das höchste Beschlussorgan des JU-Bundesverbandes während der Amtsperiode.

Wiedergewählt wurden der Bezirksvorsitzende Norbert Lins und Peter Bausenhart als Vertreter der Landes-JU beim Deutschlandtag. Dieser findet in diesem Jahr im Europapark in Rust statt. ■



Vlnr.: JU-Bezirksvorsitzender Norbert Lins, stv. Landesvorsitzender Peter Bausenhart, Landesfinanzreferent Martin Weng und Landesvorstandsmitglied Marcel Bonnet.

CDA-Bezirksvorstandssitzung in Hailtingen

Pressemitteilung von Julius Janz, Wangen

Die erste Sitzung im Jahr 2008 des Bezirksvorstandes Württemberg-Hohenzollern der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft - Sozialausschüsse der CDU fand in Dürmentingen/Hailtingen statt. Als Gast konnte CDA Bezirksvorsitzender Klaus May die Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle willkommen heißen. In seinem Grußwort betonte er, dass dem CDA-Bezirksvorstand der Kontakt mit den Vertretern in den Parlamenten sehr wichtig sei. MdEP Elisabeth Jeggle griff diesen Ball auf in dem sie herausstellte, dass auch für sie die Beziehungen zu den Gremien und Vereinigungen der CDU unentbehrlich seien. Sie sah diese Notwendigkeit auch aus dem Blickwinkel der CDU als Volkspartei, die Meinungen aller Volksschichten abdecken müsse.

Einen Schwerpunkt im weiteren Gespräch bildete die Erweiterung der Europäischen Union. Frau Jeggle wies daraufhin, dass z. B. die Türkei noch nicht aufnahmefähig sei und sie sich eine Beteiligung, wie sie die Schweiz pflege, vorstellen könne. Einen besonderen Eindruck hinterließ die Aussage von Frau Jeggle, die Delegationsmitglied u. a. für die Staaten wie Kasachstan, Kirgisien und die Mongolei ist, wie in diesen Staaten gedacht und zur EU gedrängt wird. Aus Usbekistan berichtete sie, wie dieser Staat sich alter Traditionen besinnt und unser Verhalten sehr genau beobachten würde. Wenn wir uns als christliches Abendland bezeichnen würden, so sei ihr in Zentralasien gesagt worden „Wenn ihr das christliche Abendland sein wollt, dann müsst ihr Christen sein.“

CDA-Bezirksvorsitzender Klaus May stellte das vorgesehene Arbeitsprogramm für dieses Jahr vor. Während der Sommermonate wird der CDA-Bezirksvorstand einige Vorort-Termine wahrnehmen und im Juni im Kreis Reutlingen seinen Bezirkstag abhalten, zu dem Weihbischof Renz und der CDA-Landesvorsitzende Dr. Christian Bäumler erwartet werden. ■

CDA

Ihr Mercedes-Benz Partner in Laupheim.



Ihr Wagen in sicherer Hand.

► Neuwagenvermittlung. Jahreswagen und Gebrauchtwagen. Service. Mercedes-Benz Original-Teile, Zubehör, Shop. Abschleppdienst und Unfallinstandsetzung. Und der Service stimmt.



Mercedes-Benz

Autohaus Filser GmbH

Autorisierter Mercedes-Benz Service und Vermittlung

Ulmer Straße 95 • 88471 Laupheim

Fon 07392 9712-0 • www.autohaus-filser.de

Sonderreisen CDU Intern Baden-Württemberg

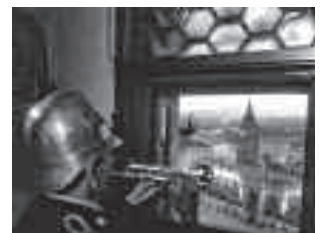
POLEN & UKRAINE

JUWEL GALIZIEN ... MIT KRAKAU UND WARSCHAU

Prachtvolle Städte und reizvolle Landschaften - zu Unrecht ist die alte Kulturregion Galizien bei uns weitgehend unbekannt. Viele fremde Herren griffen einst in die Gesckie Galiziens ein - heute verteilt sich das Gebiet auf mehrere Länder. Zwischen Krakau und Warschau entdecken Sie den reizvollen Süden unseres Nachbarlandes Polen sowie die Westukraine mit dem architektonischen Juwel Lemberg.

23.08. BIS 01.09.2008

10 REISETAGE AB 1.495,- EURO



PASSAU - BUDAPEST

FASZINATION DONAU - DIE KÖNIGIN UNTER EUROPAS FLÜSSEN

Erleben Sie während dieser Reise von Passau nach Budapest eine einzigartige Mischung aus Stadt-, Land- und Flussleben. Mit der „MS Rossini“ fahren Sie auf der Donau durch die zauberhafte Wachau, die bewaldeten Flussauen hinter Wien und die ungarische Tiefebene. Ebenso reizvoll sind Ihre Stationen an Land.

21.07. BIS 27.07.2008

7 REISETAGE AB 499,- EURO

27.08. BIS 02.09.2008

ZUSATZTERMIN WEGEN GROßER NACHFRAGE!

**SICHERN SIE SICH EINEN PLATZ FÜR DIESE FANTASTISCHEN REISEN!
FORDERN SIE AUSFÜHRLICHE UNTERLAGEN AN: TEL. 0711/66905-0
UNSERE REISEANGEBOTE FINDEN SIE AUCH UNTER: WWW.SDV-STUTTGART.DE**

Gibt es einen Krieg der Generationen?

**von Honor Funk,
Kreisvorsitzender Senioren Union**

Wir wollen keine „Altenrepublik“ und schon gar keine reine Altenpolitik haben, welche letztlich nur eine „betreute Generation“ bedeuten würde. Wir heutigen älteren Menschen haben für unsere Renten Beiträge und Steuern bezahlt. Wir bekommen also Geld aus dem Rententopf, für den wir auch gearbeitet haben. Die gegenwärtige Diskussion wird teilweise unsachlich geführt, indem behauptet wird, die Alten plünderen unsere Rentenkassen. Wir Älteren verstehen uns als wichtiges Glied einer guten Partnerschaft zwischen jung und alt. Dazu gibt es keine Alternative. Vor dem Hintergrund eines rasch ansteigenden Wählerpotenzials von älteren Menschen kommt auf uns

Senioren Union
hellwach!

auch ein erhöhtes Maß an politischer Verantwortung zu. Das hat sich seither in der politischen

Praxis als unausweichliche Tatsache erwiesen. Der Generationenvertrag kann nur Bestand haben, wenn der jüngeren Generation die Einlösung ihrer sich daraus ergebenden Verpflichtun-

gen möglich bleibt bzw. möglich gemacht wird. Wir Älteren dürfen die Jüngeren nicht überfordern. Das heißt, es muss eine Balance gefunden werden in Form einer zumutbaren Beitragsbela-



Die Senioren Union aus dem Kreis Biberach besuchte Mitte März das Europäische Parlament in Straßburg und erlebte zwei informative Tage. Die Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle ließ es sich nicht nehmen, die Besucher aus der oberschwäbischen Heimat persönlich zu begrüßen und durch das imposante Parlamentsgebäude zu führen.



a+b BETON

Werk Biberach **(0 73 51) 70 70**

Werk Ingoldingen **(0 73 55) 9 30 30**

Werk Ochsenhausen **(0 73 52) 80 80**

Werk Aulendorf **(0 73 25) 76 40**

stung für die Jüngeren, denn aus den geleisteten Beiträgen entsteht das „Alters-Entgelt“ für die Rentner. Die Eigenverantwortung in Form einer privaten Vorsorge haben viele Rentner in ihrem Arbeitsleben bisher schon mit Erfolg praktiziert. Den Zusammenhalt innerhalb der Familie und zwischen den Generationen zu fördern, ist eine ständige, sich lohnende Aufgabe. Unser Leben wird dadurch in bewährter Weise sehr bereichert. Dafür gibt es genügend gute Beispiele. Das bisher bestehende gute Verhältnis zwischen den Generationen sollten wir nicht durch unsachliche Bemerkungen beschädigen. Lassen wir also die Kirche im Dorf und helfen uns gegenseitig, die verschiedensten Wechselfälle des Lebens in Liebe und Freundschaft zu meistern. Halten wir uns an die hier beschriebenen Vorgaben, brauchen wir einen Krieg der Generationen nicht zu befürchten. ■

„Experten“ vergleichen Äpfel mit Birnen

Pressemitteilung
Senioren Union Deutschland
vom 11.03.2008

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat Vorwürfe so genannter „Renten-Experten“, die heutigen Ruheständler beuten die jüngeren Generationen aus, energisch zurückgewiesen.

„Von Ausbeutung der jüngeren Generationen kann überhaupt keine Rede sein“, sagte der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren, Prof. Dr. Otto Wulff heute in Berlin. „Alle die jetzt vorgelegten Zahlenspielerien, wonach die jetzige Rentnergeneration ein Plus von bis zu 250.000



Ein frohes Wiedersehen im Biberacher Jordanbad am 15. April gab es bei einem Vortrag von Bundstags-Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt mit Honor Funk. Beide waren im Sozialausschuss im Deutschen Bundestag von 1987-1989. Im Juni 1989 erfolgte die Neuwahl in das Europäische Parlament mit dem Umzug nach Brüssel und Straßburg.

Euro pro Rentner habe, sind Milchmädchenrechnungen. Bei solchen Beispielen der so genannten Experten werden Äpfel mit Birnen verglichen.“

Wulff wies darauf hin, dass die jetzige Rentnergeneration bereits im fünften aufeinander folgenden Jahr von „Nullrunden“ betroffen sei, „was bei der gegenwärtigen Inflationsraten einer fortlaufenden Kürzung gleich komme.“ Dies sei von der Politik keiner anderen Volksgruppe zugemutet worden. Wulff: „Die Renterinnen und Rentner haben das klaglos akzeptiert, weil ihnen in besonderer Hinsicht ein Miteinander der Generationen und an der Stabilität unseres Gemeinwesens gelegen ist.“

Die jetzige Rentnergeneration, so Wulff, habe sich verdientermaßen ihren jetzigen Lebensstandard „durch Jahrzehntelanger Arbeit“ erschaffen. Die Löhne und Gehälter in den 50er und 60er Jahren ließen sich nicht mal ansatzweise mit denen jüngeren Leute von heute vergleichen. Auch die hervorragende staatliche Infrastruktur mit vielfältigen Bildungsangeboten, von der jetzt die jüngere Generation profitieren könnte, sei erst durch die heutigen Rentnerinnen und Rentner geschaffen worden. Eine Debatte, in welcher den heute Älteren vorgeworfen werde, sie lebten auf Kosten der Jüngeren, vergiftete die Atmosphäre und werde im Übrigen mit falschen Argumenten geführt. ■



**CDU intern kennen Sie
seit vielen Jahren als
liebgewordene Lektüre,
die Sie über Ihre CDU
regelmäßig informiert.**

**Unser Verlag kann
jedoch noch mehr!**

Ob Visitenkarten, Flyer,
Geschäftspapiere, Prospekte,
Schreibtischunterlagen,
Kataloge, Speisekarten,
Wandkalender,
Vereinszeitschriften,
außergewöhnliche Drucke
und noch vieles mehr ...

**Schnell und professionell
auch im digitalen Farbdruck.**

**Wir informieren und
beraten Sie gerne:**

SDV Servicegesellschaft
für Druck, Verlag & Vertrieb mbH
Augustenstr. 44 • 70178 Stuttgart
Tel. 0711/66 905-0 • Fax 66 905-99
email: service@sdv-stuttgart.de

KÜHNBACH

**Transportbeton
Kies, Sand, Splitt**

**Im Katzenwinkel • 88480 Achstetten
Telefon 0 73 92 / 96 63 - 0**

HOFF

Präzisions-Metalltechnik GmbH



Herzlich willkommen bei Ihrem
Spezialisten für Drehen, Fräsen,
Bohren und Druck-Fließ-Schleifen

Wir haben die Lösung!

Tel. 0 73 51 - 2 30 38 • Fax 0 73 51 - 2 39 26
Noherrstr. 17 • 88444 Ummendorf
www.hoerr-gmbh.de

MIT im Landkreis Biberach fordert Senkung der Energiepreise

von Armin Schneider,
Kreisvorsitzender MIT

Kürzlich hat die FDP den Vorschlag unterbreitet, den Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf 7 Prozent abzusenken. Auch die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) im Landkreis Biberach hält die Energiepreise für viel zu hoch. Ob allerdings die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 7 Prozent der richtige Weg ist, stellt die MIT im Landkreis Biberach in Frage. „Wir halten es für sinnvoll und gerechter, die Mehrwertsteuer nur auf den Produktpreis und nicht auch noch Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer zu erheben. Diese selbstdruckende Geldmaschine muss weg. Der Staat hat schon genug Mehrwertsteuereinnahmen durch den höheren Ölpreis. Denn 19 Prozent auf viel ist viel!“, meint Armin Schneider, MIT-Kreisvorsitzender im Landkreis Biberach.

Die MIT Biberach fordert eine zeitnahe Senkung der Energiepreise. „Die Doppel- und Dreifachbesteuerung der Energie muss endlich abgeschafft werden. Derzeit verdient der Staat über 46 Milliarden Euro durch Energiesteuern. Es ist völlig unverhältnismäßig, dass die staatlichen Lasten beim Strom auch für Biberacher Haushaltskunden mittlerweile etwa 40 Prozent

des Strompreises ausmachen. Hinzu kommt der Benzinpreis, der zu 75 Prozent aus Steuern besteht“, erläutert Schneider.

Die MIT im Landkreis Biberach fordert nun von Franz Romer (CDU) und Martin Gerster (SPD), sich gegenüber der Bundesregierung für ein schnelles Ende der Doppel- und Dreifachbesteuerung der Energie einzusetzen. „Es ist ab-



MIT-Vorsitzender Armin Schneider fordert dringende Entlastung des Biberacher Mittelstandes.

surd, dass Energie mehrfach besteuert wird, etwa durch die Mineralölsteuer, durch die Mehrwertsteuer auf den Produktpreis und durch die Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer. In Zukunft muss eine Doppel- und Mehrfachbesteuerung komplett vermieden werden. Dies würde auch zu einer dringend notwendigen Entlastung des Biberacher Mittelstandes führen“, so Schneider.

Darüber hinaus soll die Energiewirtschaft nach Vorstellung der MIT Biberach für dezentrale, mittelständische Strukturen geöffnet werden. Der Wettbewerb in der Energiewirtschaft müsse gefördert und endlich an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet werden. „Letztendlich tritt die Herstellung marktwirtschaftlicher Wettbewerbsprinzipien auch den Befürchtungen entgegen, dass Unternehmen Steuerersenkungen dazu nutzen könnten, ihre Gewinne zu erhöhen. Auf einem wettbewerbsorientierten Energiemarkt sind die Energieunternehmen darauf angewiesen, ihre Preise für die Verbraucher attraktiv zu gestalten. Dies käme letztendlich den privaten Haushalten und Unternehmen auch hier im Landkreis Biberach entgegen und würde diese drastisch entlasten“, so Schneider abschließend. ■

MIT im Landkreis Biberach protestiert gegen neue Bürokratie aus Brüssel

von Armin Schneider, Kreisvorsitzender der MIT

Die EU-Kommission plant derzeit die weitere Verschärfung der Antidiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland. In einem Brief an die Bundesregierung hat die Kommission die Forderung erhoben, gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit der grundgesetzlich geschützten Ehe gleichzustellen. „Aus unserer Sicht überschreitet die EU-Kommission bei der Antidiskriminierungs-

gesetzgebung ganz klar ihre Kompetenzen. Das in 2006 beschlossene Antidiskriminierungsgesetz war bereits überflüssig, da die deutsche Gesetzgebung schon vorher hinreichenden Schutz vor Diskriminierung vorsah. Alles andere ist ebenfalls in unseren Gesetzen geregelt. Es ist nicht akzeptabel, dass Brüssel derart in die deutsche Gesetzgebung eingreifen will“, meint Armin Schneider, MIT-Kreisvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU im Landkreis Biberach.

Ehe und Familie stehen in Deutschland unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Dies regelt das Grundgesetz nach Artikel 6 Absatz 1. „Wir wehren uns dagegen, dass von Außen ein direkter Eingriff in die deutsche Verfassung erfolgen soll. Zudem ist der Vorstoß nach unserer Auffassung ein neues Paradebeispiel für den wachsenden Verdross in den Mitgliedstaaten über den Dirigismus und die Überregulierung aus Brüssel“, meint Schneider.

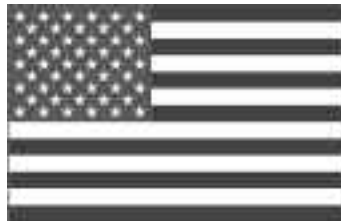
Nach Auffassung der MIT Biberach ist Deutschland über das von der EU-Kommission vorgegebene Minimum bei der Gleichstellungsgesetzgebung aufgrund der Regierungskonstellation in Berlin bereits erheblich hinausgegangen. Die MIT Biberach hatte sich hierzu bereits im Jahr 2006 gegen weitere Bürokratie aus Brüssel eingesetzt. „Wenn jetzt noch quasi durch Brüssel das deutsche Grundgesetz geändert werden soll, geht das deutlich zu weit“, so Schneider.

Die MIT Biberach lehnt die angestrebte Verschärfung des bereits bestehenden Antidiskriminierungsrechts ab. Sie fordert nun von den für den Landkreis Biberach zuständigen Bundestags- und Europaabgeordneten, sich gegen diese Eingriffe der EU-Kommission in das Deutsche Grundgesetz zur Wehr zu setzen. „Durch den Vorstoß der EU-Kommission wird das Subsidiaritätsprinzip verletzt und Vertrauen in die Rechtmäßigkeit europäischer Gesetzgebung zerstört. Dann darf sich Brüssel auch nicht wundern, wenn ein wachsender Vertrauensverlust in die europäischen Institutionen festgestellt wird“, meinte Schneider abschließend, mit Blick auf die jüngsten Ergebnisse der Eurobarometerumfrage. ■

**Aktuelle Informationen und Fotos
unter: www.cdu-kreis-biberach.de**

USA-Stipendium: Bewerbungskarten für Deutsch-Amerikanischen Jugendaustausch jetzt abrufbar

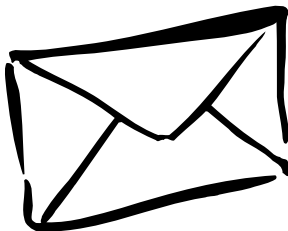
Die CDU-Bundestagsabgeordneten Franz Romer und Dr. Andreas Schockenhoff weisen darauf hin, dass die Bewerbungskarten für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages jetzt abrufbar sind.



Deutsche Schüler/innen und Junge Berufstätige/Auszubildende können sich bis spätestens 5. September 2008 mittels der Bewerbungskarte für einen einjährigen USA-Aufenthalt bewerben. Dabei ist die Nummer des jeweiligen Bundestagswahlkreises anzugeben. Dabei ist die Nummer des jeweiligen Bundestagswahlkreises anzugeben. Nach der für die Bundestagswahl 2009 neu gefassten Wahlkreiseinteilung sind dies: Nr. 292 für Biberach, Nr. 293 für Bodensee und Nr. 294 für Ravensburg.

Die Stipendiaten werden ab August 2009 das Familienleben sowie den Schul- oder Arbeitsalltag in den Vereinigten Staaten erleben. Sämtliche Kosten werden durch den Deutschen Bundestag und den amerikanischen Kongress getragen.

Bewerben können sich Schüler/innen, die zwischen dem 01.08.91 und dem 31.07.94 geboren sind. Junge Berufstätige/Auszubildende müssen ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen dem 01.08.84 und dem 31.07.93 geboren sein.



Weitere Teilnahmevoraussetzungen sowie die Bewerbungskarten sind erhältlich in den Berliner Büros der Abgeordneten Schockenhoff und Romer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin sowie im Internet unter www.franz-romer.de oder www.schockenhoff.de oder www.bundestag.de/ppp sowie in den Wahlkreisbüros in Biberach: Braithweg 27, Tel. 07351/15730 und Weingarten: Bahnhofstr. 8, Tel. 0751/5609250.



UND WIE HOCH SIND IHRE RÜCKLAGEN?

Bevor Sie jeden Euro zweimal umdrehen, investieren Sie lieber in die Druck- und Kopiersysteme von Kyocera. Denn die sind durch ihre zuverlässige sowie langlebige Technologie in den Verbrauchs- und Administrationskosten konkurrenzlos wirtschaftlich. Da kommt ganz schön was für Ihr Controlling zusammen und auch Ihre IT-Abteilung geht in puncto Sicherheit und Systemstabilität nicht leer aus.

KYOCERA - wirtschaftlicher drucken und kopieren.

Rommel Bürotechnik

Zeppelinstr. 19 • 88471 Laupheim
Tel.: 0 73 92 / 59 81 Fax: 59 83
www.rommel-bueroelektronik.de

Aktuell und schnell:
www.cdu-kreis-biberach.de

Aktuelle TERMINE:
www.cdu-kreis-biberach.de

Komm - sing mit mir!



Viel Spaß beim Singen in geselliger Runde mit dem ultimativen Liederbuch im handlichen Taschenformat.

Von „Abendstille überall“ über „Mendocino“ bis „zwei kleine Italiener“ – 200 Lieder zum Mitsingen.

Jetzt bestellen bei:

SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH
Augustenstraße 44, 70178 Stuttgart
Telefon 07 11 / 66 905-0, Fax 07 11 / 66 905-99
E-Mail: Service@SDV-Stuttgart.de

IHR MARKTPLATZ FÜR GESCHÄFTSKONTAKTE

BANKEN UND FINANZEN

Kreissparkasse Biberach
Werbeabteilung
Zeppelinring 4
88400 Biberach
Tel. 07351/5700
Fax 07351/570340
www.ksk-bc.de

BAUEN

a + b Asphalt- u.
Betonmischerwerke
Biberach GmbH & Co. KG
Winterstetter Weg 20
88456 Ingoldingen
Tel. 07355/93030
Fax 07355/930340

Arnold-Haus GmbH
Wiesenstraße 14
88499 Riedlingen
Tel. 07373/92110
Fax 07373/921129
www.arnold-haus.de

Roggenstein Bausysteme GmbH
Lindenmaierstr. 41
88471 Laupheim
Tel. 07392/70060
Fax 07392/913637
www.bauforum-laupheim.de
eMail info@bauforum-laupheim.de

Halder & Veit WoGe-Bau
GmbH & Co. KG
Riemengasse 7
88486 Kirchberg
Tel. 07354/8870
Fax 07354/88777
www.hv-wogebau.de
eMail halder-veit@t-online.de

Kero Bau + Lagertechnik
Gerüstbörse
Fabrikstr. 5
88471 Laupheim
Tel. 07392/969940
Fax 07392/969944
www.kero-bau.de
eMail info@kero-bau.de

Josef Kühnbach & Co.
Kies- und Transportbeton
Im Katzenwinkel 1
88480 Achstetten
Tel. 07392/96630
Fax 07392/966330

Wertbau Laupheim
Bauträgergesellschaft mbH
Lange Straße 24
88471 Laupheim
Tel. 07392/10600
Fax 07392/17900

Wertbau Laupheim
Bauträgergesellschaft mbH
Lange Straße 24
88471 Laupheim
Tel. 07392/10600
Fax 07392/17900

Max Wild GmbH
Transporte, Tiefbau
Leutkircher Str. 22
88450 Berkheim
Tel. 08395/9200
Fax 08395/92030
www.maxwild.com
eMail info@maxwild.com

BÜRO

OFFICE-TEAM
Sabine Kassel
Neuffenstr. 11
89518 Heidenheim
Tel. 07321/304942
Fax 07321/304943
www.kassel.datac.de

Rommel
Bürotechnik
Zeppelinstraße 19
88471 Laupheim
Tel. 07392/5981
Fax 07392/5983

Dienstleistung

Belser GmbH & Co.KG
AGIP-Service-Station
Waldseer Str. 107
88400 Biberach/Riss
Tel. 07351/21088
Fax 07351/32230

MACCARI & PARTNER
Rechtsanwälte
Rollinstr. 61-63
88400 Biberach
Tel. 07351/344134
Fax 07351/344169

GROß- UND EINZELHANDEL

C. Flächer Eisenhandel
Inh. Günther Schutz
Freiburger Straße 36
88400 Biberach
Tel. 07351/6071
Fax 07351/13531

Hampp-Energie-Systeme
Mühlweg 6
88416 Reinstetten
Tel. 07352/8243
Fax 07352/7626

Schuhhaus Hepfer
Bürgerturnstraße 17
88400 Biberach
Tel. 07351/72378
Fax 07351/75800

HANDWERK

Gebr. Brenner GmbH
Heizung-Lüftung-Klima
Ziegelhausstraße 60
88400 Biberach
Tel. 07351/99000
Fax 07351/990010
www.brenner-bc.de

mk-jungpflanzen-
vertriebs-gmbh
Zwischen den Wegen 1
88450 Bergheim
Tel. 08395/932690
Fax 08395/932691
www.mk-jungpflanzen.de
eMail info@mk-jungpflanzen.de

INDUSTRIE UND FERTIGUNG

Friedbert Blersch e.K.
Tore u. Antriebe
z. H. Frau Blersch
Carl-Benz-Straße 15
88471 Obersulmetingen
Tel. 07392/96600
Fax 07392/966029

Albert Handtmann Holding
GmbH & Co.KG
- Geschäftsleitung -
Arthur-Handtmann-Str. 23
88400 Biberach
Tel. 07351/3420
Fax 07351/3422762
www.handtmann.de

Hörr Präzisions-
Metalltechnik GmbH
Noherrstraße 17
88444 Ummendorf
Tel. 07351/23038
Fax 07351/23926
www.hoerr-gmbh.de

Friedrich Kicherer KG
Eisenhandlung
Ludwig-Lutz-Str. 4
73479 Ellwangen
Tel. 07961/8850
Fax 07961/885189
www.kicherer.de
eMail info@kicherer.de

Manz GmbH
Stahlbau-Schlosserei
Regaltechnik
Ulmer Straße 51
88447 Warthausen-Herrlishöfen
Tel. 07351/18870
Fax 07351/188729
www.manz-online.de
eMail gmbh@manz-online.de

KRAFTFAHRZEUGE

Autohaus Filser GmbH
Vertragswerkstätte der
DaimlerChrysler AG
Ulmer Straße 95
88471 Laupheim
Tel. 07392/6095
Fax 07392/4298

Autohaus Reinert
Lindenmaierstr. 35
88471 Laupheim
Tel. 07392/4441
Fax 07392/7215

Reifen u. Auto Wohnhas
Kfz-Technik
Ulmer Str. 1
88416 Ochsenhausen
Tel. 07352/911810
Fax 07352/4614

TRANSPORT, VERKEHR U. LOGISTIK

Harald Kugler
Service und Vermietung GmbH
Im Grund 7
88356 Ostrach
Tel. 07585/93030
Fax 07585/930399
www.kugler.net
eMail info@kugler.net

*Sehr geehrte Damen und Herren,
werte Leserinnen und Leser,*

*dass Sie regelmäßig Ihr CDU intern als Informations- und
Diskussionsforum in den Händen halten können, ist auch
unseren treuen Inserenten mit ihren Anzeigen zu
verdanken.*

*Bitte denken Sie daran bei Ihren Einkäufen oder wenn Sie
eine Dienstleistung benötigen.*

**UNSER SERVICE
FÜR INSERENTEN**

Bürokratieabbau entlastet die Wirtschaft messbar

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche den Zwischenbericht zur Umsetzung des Regierungsprogramms Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung vorgelegt.

Mit der vollständigen Umsetzung des Regierungsprogramms für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung wird die Wirtschaft jährlich um 4,4 Mrd. Euro entlastet. Dies ist die erfreuliche Bilanz des aktuellen Zwischenberichts zur Umsetzung des Regierungsprogramms, den das Bundeskabinett heute beschlossen hat.

Das Statistische Bundesamt hat insgesamt rund 10.900 Informationspflichten für die Wirtschaft erfasst. Anhand der Bestandsmessungen haben die Ressorts Vereinfachungsmaßnahmen entwickelt, durch die gezielt bürokratische Belastungen für Unternehmen und Betriebe abgebaut werden. Insgesamt 270 Vorschläge liegen vor. Mit den bisher umgesetzten 111 Maßnahmen konnte bereits eine Entlastung in Höhe von 3,2 Mrd. Euro erreicht werden.

Darüber hinaus bereitet das Bundesministerium für Wirtschaft den Entwurf für das Dritte Mittelstandsentlastungsgesetz vor. Hier sind die Aufhebung von verschiedenen Vorschriften und Vereinfachungen im Gewerberecht geplant. Mit dem Gesetz können die Unternehmen voraussichtlich um weitere 100 Mio. Euro entlastet werden.

Der Zwischenbericht zeigt, dass das Programm für bessere Rechtssetzung und Bürokratieabbau wirkungsvoll, angesichts der Gesamtbelastung von 30 Milliarden Euro allein für den Unterneh-

menssektor durch Informations- und Dokumentationspflichten aber auch dringend erforderlich ist. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2011 insgesamt 25 Prozent dieser Bürokratiekosten abzubauen. Es wäre ein wichtiges Signal, wenn bis zur nächsten Bundestagswahl die Hälfte davon erreicht wird. Alle Beteiligten sind deshalb aufgefordert, zum Gelingen beizutragen. ■

Umfrage: Nur 60 Prozent haben Vertrauen in Demokratie

Nur 60 Prozent der Deutschen haben nach einer Umfrage Vertrauen in das demokratische System der Bundesrepublik.

Im Osten gilt das nicht einmal mehr für die Hälfte der Befragten (44 Prozent), im Westen immerhin noch für knapp zwei Drittel (64 Prozent), wie eine Erhebung für die „Leipziger Volkszeitung“ ergab.

Noch geringer ist das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft. Knapp jeder Zweite (48 Prozent) baut darauf. Das gilt in etwa auch im Westen (51 Prozent). Im Osten glaubt nur jeder Dritte (33 Prozent) an das Funktionieren der sozial ausgeglichenen Marktwirtschaft.

Auffällig ist, dass jüngere Menschen von 18 bis 29 Jahren in Ost wie West wesentlich mehr Ver-

trauen in die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft haben als ältere.

Die Umfrage lässt auch Skepsis vieler Menschen zu gesellschaftlichen Institutionen erkennen. So bekamen die Kirchen nur von 53 Prozent das Vertrauen ausgesprochen, die Gewerkschaften von 41 Prozent. Am Ende der Skala finden sich die Bundesregierung, auf die nur 38 Prozent setzen, und die Parteien im Bundestag, zu denen nur 22 Prozent Vertrauen haben.

Das Leipziger Institut für Marktforschung hatte für die Zeitung vom 7. bis 11. April 1.006 repräsentativ ausgewählte Erwachsene aus ganz Deutschland interviewt, etwa je die Hälfte aus Ost und West. Die Ergebnisse wurden entsprechend dem Bevölkerungsanteil gewichtet. ■

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Biberach, Braithweg 27, 88400 Biberach
Telefon 0 73 51 / 1 57 30, Fax 0 73 51 / 1 57 31, eMail: Info@cdu-kv-bc.de

Verantwortlich:

Kreisteil: Burkhard Volkholz
Landesteil: Dr. Tobias C. Bringmann, Pressesprecher CDU Baden-Württemberg
Hasenbergstr. 49 b, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 904 - 0, Fax - 50
eMail: presse@cdu-bw.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH
Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 905 - 0, Fax - 99, Leonardo 65 67 194
eMail SDV: service@sdv-stuttgart.de, eMail CDU INTERN: intern@sdv-stuttgart.de
Geschäftsführerin: Bernadette Eck (- 25)
Anzeigen: Sabine Gellrich (- 23)
Internetbeauftragter: Wolfgang Espenhain (-18)
Satz & Planung: Karin Richter (-12), Fax -55
Gestaltung dieses CDU INTERN: Karin Richter (-12), Fax -55

Bezugspreis:

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

CDU INTERN ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Biberach.
Es erscheint 2-monatlich für alle Mitglieder.

Absender: CDU-Kreisverband Biberach
Braithweg 27, 88400 Biberach
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10898

Die SDV im Internet ☞ <http://www.sdv-stuttgart.de>

Redaktion intern

Es wird spannend! Fünf Kandidaten wollen Nachfolger von unserem Bundestagsabgeordneten Franz Romer werden, der nächstes Jahr definitiv (mit 67 !!!) in Rente gehen wird. Nutzen Sie daher in den nächsten Wochen die Möglichkeit in Ihren Ortsverbänden, die Bewerber persönlich und ihre Ansichten kennenzulernen. Die genauen Termine erhalten Sie in einer persönlichen Einladung.

Ansonsten gilt wie immer mein Aufruf: Tue Gutes und sprich darüber! Mit anderen Worten: Über Ihre Aktivitäten in Ihren Verbänden berichte ich gerne im nächsten CDUintern, welches Mitte Juli erscheinen wird. Ihre Texte (auch als Entwurf) sowie Ihre Digitalfotos (auch unbearbeitet) senden Sie mir einfach zu. Aber bitte denken Sie an eine aussagekräftige Bildunterschrift, vor allem an die Namensnennung der abgebildeten Personen.
Herzlichen Dank im voraus!

**Redaktionsschluss
für die nächste
CDUintern-Ausgabe
Nr. 3/2008
ist der 29. Juni 2008!**



Bitte Ihre Beiträge + Fotos
per EMAIL direkt an:
cdu-intern-bc@online.de.

*Ich wünsche Ihnen viele sonnige Tage
und eine gute Wahl am 1. Juli in der
Biberacher Stadthalle!*

*Burkhard Volkholz
Redaktion CDUintern*